

Gymnasium

BADEN-WÜRTTEMBERG



Der Philologenverband Baden-Württemberg in der Verantwortung:

- Vertreterversammlung 2022 – Wahl des Landesvorstands
- Resolutionen zur Bildungs- und Berufspolitik
- Resolution zur Gleichstellung
- Die Ergebnisse der Einkommensrunde 2021
- Gespräche mit dem KM, den Parteien, dem IBBW und Arbeitgebervertretern
- Crashkurs zu Arbeitnehmerthemen

Außerdem

Ende einer Ära

Die ältere Generation im Internet

Eine ehemalige Synagoge als »Schul«

Erinnern für die Zukunft – Eine Fortbildung der besonderen Art



Editorial [Ralf Scholl]	2
<i>Vertreterversammlung 2021:</i>	
Vertreterversammlung im Hybridformat [Helmut Hauser]	4
Resolution zur Bildungspolitik [VV]	7
Resolution zur Berufspolitik [VV]	7
Resolution zur Gleichstellung [VV]	8
Lernbrücken [Brigitte Beyrich]	9
Was bringt und das Ergebnis der Einkommensrunde 2021? [Ursula Kampf]	10
Ende einer Ära [Bettina Hölscher]	11
Die JuPhi bei den DPHv-Frauen [Martina Scherer]	12
<i>Der Philologenverband im Gespräch mit ...</i>	
... dem Gymnasialreferat des Kultusministeriums [Enver Groß]	12
... der FDP [Cord Santelmann]	13
... der SPD [Karin Fetzner]	13
Thema aktuell: FDP	14
Aktuelles aus dem HPR [Jörg Sobora]	15
Aktuelles aus dem HPR asB [Michael Belz]	16
Die ältere Generation im Internet [Helmut Hauser]	17
Eine ehemalige Synagoge als »Schul« [Michael Volz]	19
Erinnern für die Zukunft – Zukunft für die Erinnerung [Eva Obbarius]	20
Wort des Monats: teilen [Ines Mayer]	23
Coronakonformer Crashkurs zu Arbeitnehmerthemen [Ursula Kampf]	24
<i>Der Philologenverband im Gespräch mit ...</i>	
... dem GMS-Referat am Kultusministerium [Karin Fetzner]	25
... dem Arbeitgeberverband Südwestmetall [Karin Fetzner]	26
... dem IBBW [Karin Fetzner]	26
Gratulation [gbw]	27
Impressum	27

Titelfoto: Albert-Einstein-Gymnasium Ulm
(Foto: Anne Käßbohrer)

Redaktionsschluss:

März-April-Ausgabe: 21. März 2022,
Mai-Juni-Ausgabe: 9. Mai 2022.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Druckschriften wird keine Gewähr übernommen (ohne Rückporto keine Rücksendung).

Alle Manuskripte sind an die Redaktion zu senden!
Enver Groß | enver.gross@phv-bw.de
Pfannenstiel 34 | 88214 Ravensburg

Liebe Leserinnen und Leser,

das zweite Halbjahr beginnt, und die Covid-Pandemie bestimmt nach wie vor maßgeblich den Unterricht.

Seit Anfang Januar steigt die Inzidenz durch die äußerst leichte Übertragbarkeit der Omikron-Variante extrem schnell an. In der ersten Januarwoche, in der das Kultusministerium entscheiden musste, wie es ab 10. Januar mit dem Schulbetrieb weitergehen sollte, war noch völlig unklar, welche Auswirkungen die Vielzahl an Omikron-Infektionen haben würden: Ist die Häufigkeit schwerer Erkrankungen verglichen mit der Delta-Variante tatsächlich nur 1/5 so hoch, kommt also tatsächlich nur dieser Bruchteil der Fälle ins Krankenhaus? Bei zehnmal so vielen Ansteckungen (prognostiziert war eine Inzidenz von 5000) wären das aber immer noch doppelt so viele Krankenhauseinweisungen wie auf dem Höhepunkt der Delta-Welle.

Wie sehen die Krankheitsverläufe bei Kindern aus, die wesentlich häufiger von Omikron-Infektionen betroffen sein sollen als von Delta-Infektionen?

Ohne klare Datenlage konnte man über die beste Strategie für den Schulbetrieb leider nur Mutmaßungen anstellen ... Für den Fall offener Schulen hatten wir jedenfalls vehement die Zur-Verfügung-Stellung von FFP2-Masken durch den Dienstherrn eingefordert. Dies wurde auch tatsächlich bis Ende Januar umgesetzt.

Die vier Schwabenstreiche des Kultusministeriums

Streich Nr. 1:

Die Abschaffung der Maskenpflicht in den Klassenräumen vom 18. Oktober bis 16. November war der erste Streich. Das hat seinen Teil zur schnellen Ausbreitung der Delta-Variante beigetragen.



Ralf Scholl
ist Landesvorsitzender des Philologenverbandes Baden-Württemberg

Streich Nr. 2:

Die 'freiwillige Quarantäne' für die letzten drei Schultage vor den Weihnachtsferien. Für viele Familien war das natürlich beruhigend, denn die Kinder konnten volle sechs bis sieben Tage vor Weihnachten zu Hause bleiben, was in Verbindung mit einem Test am 24. Dezember die Gefahr einer unerkannten Infektion für das Weihnachtsfest praktisch auf null absenkte. Dass wir von vielen Schülern gehört haben, sie flögen vorzeitig ins Ausland, war vom Kultusministerium sicherlich nicht so beabsichtigt, aber vorhersehbar. Die Folgen für den Schulbetrieb wurden vom Kultusministerium offensichtlich nicht im Geringsten bedacht: Alle Klausuren, die in diesen Tagen angesetzt waren, mussten im Januar nachgeschrieben und rechtzeitig vor dem Notenschluss auch noch korrigiert werden. Eine Tortur für die betroffenen Lehrkräfte.

Ist es der KM-Spitze egal, was die eigenen Anordnungen in der Praxis an Kollateralschäden anrichten? – Man kann ein Ministerium natürlich auf verschiedene Weisen führen. Sinnvoll ist aber nur eine einzige: Die praktische Umsetzbarkeit der ministeriellen Erlasse muss immer mit im Fokus sein, sie muss ständig mitbedacht werden. Dass vor einem so schwerwiegenden Eingriff in den Schulbetrieb die Verbände nicht angehört wurden, um aus deren Rückmeldungen dann die Folgen abzuschätzen, sollte in einem gut geführten Ministerium nicht vorkommen. Was nützen zwei-wöchentliche Videokonferenzen des Ministerialdirektors (MD) mit den Lehrerverbänden, wenn sie primär der Mitteilung

bereits beschlossener Maßnahmen dienen? Der vorige MD hat die Verbände eingebunden und zugehört. Und unsere Rückmeldungen führten häufig zu sinnvollen Änderungen. Schließlich ist doch unser aller Interesse ein möglichst reibungsloser und guter Schulbetrieb.

Streich Nr. 3:

Das vergiftete Weihnachtsgeschenk der Quasi-Abschaffung der Null-Punkte-Regelung im Abitur, veröffentlicht am 23. Dezember (!). Künftig wird Schülern, die in einer mündlichen Abiturprüfung null Punkte erhalten haben, nach einer Woche eine zweite mündliche Prüfung angeboten. So weit ist das noch nachvollziehbar: Das Kultusministerium hatte offensichtlich Bedenken, dass sonst vor Gericht gegen die Gültigkeit der Prüfung geklagt werden könnte. Dass jetzt aber Schülern, die im schriftlichen Abitur null Punkte geschrieben haben, bei der mündlichen Nachprüfung ein einziger Punkt genügen soll, um das Abitur zu bestehen, ist ein schlechter Witz, denn die Berechnung ergibt $(4 \times 0 + 1 \times 1) : 5 = 0,2$; und das wird üblicherweise auf null abgerundet. Die vierfache Wertung des schriftlichen Abiturs war der Grund dafür, dass ein Schüler bisher in der mündlichen Nachprüfung mindestens drei Punkte erreichen musste, denn die Berechnung ergibt hier $(4 \times 0 + 1 \times 3) : 5 = 0,6$; und das wird auf einen Notenpunkt aufgerundet. Seien wir doch einmal ganz offen! Hier geht es de facto ausschließlich um das Fach Mathematik. Aus anderen Fächern sind mir persönlich keine Null-Punkte-Abiturprüfungen bekannt. Wird hier für das Abitur an den GMS-Oberstufen 'vorgesehen'? Niemand ist gezwungen, ein bestimmtes Leistungsfach zu belegen. Wer in einem seiner Leistungsfächer wirklich null Punkte im schriftlichen Abitur geschrieben hat, sollte im mündlichen Abitur eindeutig unter Beweis stellen, dass er deutlich mehr als null Punkte drauf hat. Wie sich das in den kommenden Jahren dann praktisch auf die Prüfungen auswirkt,

möchte ich jedenfalls nicht erleben! Diese unsinnige Regelung nötigt die Prüfungskommissionen ja dazu, spätestens in der mündlichen Nachprüfung einen Punkt zu geben.

Streich Nr. 4:

Die Zusammenlegung der drei Referate Haupt- und Werkrealschulen, Realschulen und Gemeinschaftsschulen zu einem gemeinsamen Referat 'Sekundarstufe I' im Kultusministerium. Von der Kultusministerin hörten wir dazu auf der Vertreterversammlung des Philologenverbandes am 10. Dezember, dass das Gymnasialreferat von dieser Umstrukturierung nicht betroffen sei und diese Umstrukturierung auch keine Strukturänderung im Schulsystem vorwegnehme. Letztere sei ja auch durch den Koalitionsvertrag ausgeschlossen. Die offizielle Begründung für die Zusammenlegung der Referate ist »das Heben von Ressourcen und die Vermeidung von Parallelbefassungen.« Diese Referatzusammenlegung durchbricht ein langbewährtes Prinzip im Kultusministerium: **Jede** Schulart wird durch ein eigenes Referat im Kultusministerium gesteuert.

Vertreterversammlung

Über die Vertreterversammlung am 10. Dezember 2021, die aufgrund der Corona-Lage erstmalig hybrid durchgeführt wurde, wird ab *Seite 4* ausführlich berichtet. Ich freue mich natürlich, auch in den nächsten anderthalb Jahren als Vorsitzender des Philologenverbandes Baden-Württemberg zu fungieren und danke allen Delegierten, die mich gewählt haben. Eine Tabelle mit den beschlossenen neuen Monatsbeiträgen finden Sie auf *Seite 27*.

Optionale Privathaftpflichtversicherung

Eine dreistellige Anzahl unserer Mitglieder hat die seit dem 1. Januar 2022 angebotene optionale Familien-Privathaftpflichtversicherung für PhV-Mitglieder abgeschlossen. Von

all diesen Nutzern wurde uns bestätigt, dass unsere Versicherung extrem umfangreich und günstig ist. Einige Mitglieder schrieben uns, dass sie durch den Wechsel zwischen 50 und 75 Euro pro Jahr gegenüber ihrer alten Versicherung einsparen (!) und die gebotenen Leistungen bei unserer Gruppenversicherung dabei sogar noch besser sind. Haben Sie schon geprüft, ob sich ein Wechsel für Sie lohnt? Falls Sie ein Versicherungspaket haben, verteuert die Kündigung Ihrer Haftpflicht übrigens i.d.R. nur Ihre Auto-Haftpflicht, und zwar nur um etwa 10 Euro pro Jahr. Ein Mitglied schrieb uns, er habe seine Versicherung um ein Gegenangebot gebeten. Die habe sich aber gar nicht erst die Mühe gemacht, sondern ihm ein sofortiges Sonderkündigungsrecht eingeräumt. Prüfen Sie bitte unser Angebot, denn der Wechsel könnte sich für Sie lohnen! Wenn Sie bisher nicht viel mehr bezahlen, dann prüfen Sie bitte Ihren Versicherungsumfang, da werden Sie staunen! Wir möchten für unsere Mitglieder künftig weitere solche zusätzlichen Angebote machen, welche die Mitgliedschaft im Philologenverband Baden-Württemberg für Sie noch attraktiver machen. Für Anregungen sind wir hierbei offen.

Bleiben Sie gesund in dieser turbulenten Zeit!

Ihr Vorsitzender



Ralf Scholl

Werben in



Anzeigenannahme: Caroline Dassow
dassow@dphv-verlag.de
Telefon: +49 211 3558104



>> Die Teilnehmer der Vertreterversammlung vor Ort

Vertreterversammlung im Hybridformat

Pandemiebedingt mit etwa eineinhalb Jahren Verspätung fand am 10. Dezember 2021 die Vertreterversammlung des Philologenverbandes Baden-Württemberg statt. Die Versammlung wurde im Hybridformat abgehalten, wobei rund sechzig Teilnehmerinnen und Teilnehmer, darunter der geschäftsführende Landesvorstand, in Präsenz in den Räumen der Sparkassenakademie in Stuttgart anwesend und weitere Delegierte online zugeschaltet waren.

Grußwort der Ministerin

Kultusministerin **Theresa Schopper** sprach vor Ort in der Sparkassenakademie zu den anwesenden sowie online zugeschalteten Teilnehmerinnen und Teilnehmern. Sie ging zunächst auf die Pandemie ein. Sie und ihr Ministerium hätten ein Bewusstsein für die pandemiebedingte Belastung an den Schulen. Ihre oberste Priorität sei jedoch, möglichst den Präsenzunterricht aufrechtzuerhalten.

Die von den Lehrerverbänden vielfach kritisierte Möglichkeit zur 'selbstgewählten Quarantäne' für Schülerinnen und Schüler vom 20. bis 22. Dezember sei nicht für Urlaubsverlängerungen gedacht, sondern solle in besonderer Weise besorgten Eltern die Möglichkeit einräumen, ihre Kinder zu schützen. Die Präsenzpflicht

und somit der Kontakt der Lehrkräfte mit den Schülerinnen und Schülern sei jedoch wichtig. Engmaschige Tests hielten die Ansteckungsgefahr gering. Ein Vorziehen der Weihnachtsferien werde es aber nicht geben.

Im Weiteren ging Theresa Schopper auf das Aufholprogramm des Bundes ein, aus welchem Baden-Württemberg 260 Millionen Euro für Unterstützungskräfte erhalte. Die Digitalisierung für den schulischen Bereich sei auf einem guten Weg. Die Unterrichtsversorgung an den Gymnasien sei mit einem Versorgungsgrad von 105 Prozent gut, wengleich einige Fächer (zum Beispiel MINT-Fächer) nicht ausreichend versorgt seien.

Die Ministerin würdigte das Gymnasium als die älteste und meist nachgefragte Schulform, hinter der die neue Regierung vollumfänglich stehe. Jedoch werde es keine Strukturdebatte und damit keine Rückkehr zu G9 geben. Im Hinblick auf die Bildungsgerechtigkeit würden die bestehenden Maßnahmen der Hochbegabtenförderung weitergeführt.

Hinsichtlich des Abiturs verwies Theresa Schopper darauf, dass diesbezüglich eine Ländervereinbarung zur Vereinheitlichung in der Kultusministerkonferenz in Arbeit sei. Im Fokus stehe dabei die Allgemeinbildung und die Studierfähigkeit.

>> Ministerin Theresa Schopper spricht zu den Teilnehmern



Abschließend dankte die Ministerin den Lehrkräften für ihre Arbeit. Sie werde weiterhin engen Kontakt mit dem Philologenverband pflegen. Sie schloss mit dem Motto 'Kinder sind unsere Zukunft'.

In der anschließenden Aussprache wurde aus der Versammlung heraus nochmals Kritik an der Möglichkeit der 'selbstgewählten Quarantäne für die Schülerschaft' geübt. Man wünsche sich, dass vor solchen Maßnahmen die Praktiker gehört werden und nicht nur der Elternwunsch die entscheidende Rolle spiele.

Von der ebenfalls von den Lehrerverbänden kritisierten Zusammenlegung des GMS-Referats mit dem Realschulreferat sowie dem Haupt-/Werkrealschulreferat in der Organisationsstruktur des Ministeriums sei, so die Ministerin, das Gymnasium nicht betroffen.

Kritisch hinterfragt wurde auch die europaweite Ausschreibung für eine datenschutzkonforme Bildungsplatt-

form, da diese eine Weiterentwicklung für vermutlich ein Jahr lahmlege. Theresa Schopper führte dazu aus, dass dadurch Microsoft datenschutzkonforme Lösungen für seine Produkte finden müsse.

Hinsichtlich des laufenden 'G9 Modellversuchs' führte die Ministerin aus, dass hier leider keine Evaluation erfolgt sei.

Bericht des Vorsitzenden

Auch **Ralf Scholl** ging in seinem Bericht zunächst auf die Pandemie ein. Von Anfang an habe der Verband hierzu eine klare Linie mit der absoluten Priorität des Gesundheitsschutzes gefahren. Der Philologenverband Baden-Württemberg habe als erster Verband öffentlich und gegenüber dem Kultusministerium Schulschließungen gefordert. Eine weitere Forderung war und bleibt die Ausstattung aller Schulen mit Raumluftreinigern.

Aktuell fordere der PhV BW die Bereitstellung von FFP2-Masken für alle Lehrkräfte sowie für alle Schülerinnen und Schüler, die dies wünschten.

Scholl kritisierte nochmals die vom Ministerium geschaffenen Möglichkeit der »selbstgewählten Quarantäne«, da diese eine beträchtliche Mehrarbeit für die Lehrkräfte bedeute. Der PhV BW habe dagegen in Übereinstimmung mit dem BLV und dem RLV protestiert und dies im Gegensatz zur GEW, die diese Maßnahme mittrage.

Auf den Verband eingehend konnte er von einer stabilen Mitgliederzahl von derzeit 9257 Mitgliedern berichten. Jedoch habe es 2021 weniger Eintritte von Referendarinnen und Referendaren gegeben, da bei diesen die Einführungsveranstaltungen und somit die Verbandsvorstellungen nicht in gewohnter Form erfolgen konnten.

Auf die Landespolitik bezogen merkte er an, dass sich eine neue grün-

schwarze Regierung mit einer nun deutlich schwächeren CDU gebildet habe. Scholl kritisierte, dass im Koalitionsvertrag das Gymnasium nur mit einem einzigen Satz erwähnt werde.

Was das G9 betrifft, plädierte Scholl dafür, ggf. ein Volksbegehren zu unterstützen, wenn ein solches von entsprechenden Elterninitiativen eingebracht werde. Er verwies aber auf die Problematik, das erforderliche Quorum zu erreichen. Ein günstiger Zeitpunkt hierfür sei der Zeitpunkt des Auslaufens des aktuellen G9-Modellversuchs.

Die Schaffung kleinerer und homogener Lerngruppen seien eine wichtige aktuelle Forderung des Philologenverbandes Baden-Württemberg. Abschließend betonte Scholl, dass laut Schulgesetz die Vorbereitung auf ein Studium die zentrale Aufgabe des allgemeinbildenden Gymnasiums sei.

Verabschiedungen und Ehrungen

Verabschiedet wurde zunächst **Jörg Sobora**, der nicht mehr als stellvertretender Landesvorsitzender kandidierte, um sich voll auf seine Aufgaben als HPR-Vorsitzender zu konzentrieren. Sobora wird dem Landesvorstand durch das Amt des HPR-Vorsitzenden jedoch als beratendes Mitglied erhalten bleiben und ist in seiner HPR-Funktion auch weiterhin Ansprechpartner für die Lehrkräfte.

Jochen Schröder hat nach rund zwanzig Jahren Tätigkeit als 1. Vorsitzender des PhV-Bezirks Südbaden sein Amt in jüngere Hände übergeben. Er ist jedoch weiterhin als Beisitzer Mitglied im Bezirksvorstand und übt auch das Amt des BPR-Vorsitzenden aus. In diesen Funktionen ist er auch zukünftig Ansprechpartner für unsere Mitglieder und gibt gerne auch in gewohnt kompetenter Weise Auskünfte zu Fragen rund um die Pensionberechnung.

Ebenfalls zwanzig Jahre lang war **Claudia Hildenbrand** als 2. Vorsitzende des Bezirksverbandes Südbaden aktiv. Daneben vertrat sie unseren Verband im Hauptpersonalrat Gymnasien. Nach ihrer Pensionierung



>> Jörg Sobora wurde als stellvertretender Vorsitzender verabschiedet

schied Claudia Hildenbrand aus dem HPR aus und kandidierte bei der letzten Schulvertreterversammlung des Bezirks Südbaden nicht erneut für ein Amt im Bezirksvorstand, um ebenfalls den Weg für jüngere Kräfte frei zu machen.

Der Landesvorsitzende Ralf Scholl dankte beiden für ihre langjährige erfolgreiche Arbeit und überreichte ihnen als äußeres Zeichen der Wertschätzung online ein vorweihnachtliches Präsent.

Kassenabschluss und Haushaltsplan

Schatzmeister **Martin Brenner** erläuterte ausführlich den Jahresabschluss für die Geschäftsjahre 2019 und 2020 sowie den Zwischenbericht für das laufende Jahr 2021. Der Abschluss für 2020 ergab einen deutlichen Überschuss, da viele Veranstaltungen pandemiebedingt nicht oder zumindest nicht in Präsenz stattfinden konnten. Die Delegierten folgten dem Vorschlag des Schatzmeisters, diesen Überschuss als Rücklage für den Wahlkampf der kommenden Personalratswahlen im Jahr 2023 anzusparen.

Nach dem Bericht der Kassenprüfer, die eine einwandfreie Kassenführung bescheinigten, wurden die Abschlüsse mit überwältigender Mehrheit bei nur wenigen Enthaltungen und Gegenstimmen genehmigt und der Schatzmeister entlastet. Ebenso billigten die Delegierten die vorgelegten Haushaltspläne für die Jahre 2022 und 2023.

Im Anschluss erfolgte ebenso einhellig die Entlastung des gesamten geschäftsführenden Landesvorstandes.



>> Ralf Scholl wurde als Vorsitzender des PhV BW im Amt bestätigt

>> Martin Stroh leitete den Wahlvorstand



Neuwahlen

Einziges Kandidat für das Amt des Landesvorsitzenden war Amtsinhaber **Ralf Scholl**, der mit einer überwältigenden Mehrheit von 88 Prozent der abgegebenen Stimmen wiedergewählt wurde. Er bedankte sich bei den Delegierten für das Vertrauen und nannte als eines seiner ersten wichtigen Ziele, sich für Stellenhebungen von A13 nach A14 einzusetzen.

Für das Amt der beiden gleichberechtigten stellvertretenden Landesvorsitzenden bewarben sich Karin

Fetzner, die dieses Amt auch bisher schon innehatte, sowie Anne-Elise Kiehn, Mitglied im HPR Gymnasien, und die JuPhi-Vorsitzende Martina Scherer. Aus formalen sich aus der Satzung ergebenden Gründen wurden die beiden Positionen in getrennten Wahlgängen gewählt. Bei der Wahl für die erste Position setzte sich **Karin Fetzner** mit deutlichem Vorsprung gegen die beiden Mitbewerberinnen durch. Bei der Wahl für den weiteren Stellvertreterposten wurde **Martina Scherer** mit 55 Prozent der abgegebenen Stimmen gewählt, während Anne-Elise Kiehn 42 Prozent der Stimmen erhielt.

Als Schatzmeister wurde Amtsinhaber **Martin Brenner** mit 91 Prozent der abgegebenen Stimmen bestätigt. Als wichtigstes Ziel für seine neue Amtszeit nannte er die Mitgliedergewinnung. Außerdem wolle er sein Augenmerk auf eine Arbeitszeitregelung richten, welche der zu hohen Arbeitsbelastung der Lehrkräfte entgegenwirke.

Fällen auch online stattfinden können. Keine Zustimmung erhielt jedoch ein Antrag, der vorsah, dass künftig die Kandidatur für bestimmte Ämter im Landesvorstand und in den Bezirksvorständen nur aktiven Mitgliedern vorbehalten sein sollten. Kolleginnen und Kollegen im Ruhestand hätten bei Annahme dieses Antrags für diese Ämter nicht mehr kandidieren können. Dieser Antrag verfehlte nicht nur die notwendige 2/3-Mehrheit, sondern wurde mit 91 zu 64 Stimmen abgelehnt.

Eine Ehrenordnung, welche die Möglichkeit eröffnet, verdiente Mitglieder zu Ehrenmitgliedern oder zu Ehrenvorsitzenden zu ernennen, wurde bei wenigen Gegenstimmen und Enthaltungen beschlossen.

Ein Antrag zur Neufassung der Beitragsordnung, der eine Anhebung der Beiträge insbesondere für die Mitglieder mit reduziertem Beitrag vorsieht, wurde mit deutlicher Mehrheit von 82 Prozent der abgegebenen Stimmen nach ausführlicher Erläuterung durch den Schatzmeister angenommen. Einzelheiten hierzu wurden in 'Gymnasium Baden-Württemberg 11-12/2021' dargestellt und begründet.

Neben einer Vielzahl weiterer Anträge zu unterschiedlichen Themen wurden auch drei Resolutionen verabschiedet, welche auf den folgenden Seiten dieser Ausgabe veröffentlicht sind.

Helmut Hauser

Behandlung von Anträgen

Es lagen zahlreiche Anträge zu Satzungsänderungen vor, die überwiegend bei wenigen Gegenstimmen und Enthaltungen angenommen wurden. Ein wichtiger Punkt dabei war, dass künftig Vertreterversammlungen und andere entsprechende satzungsgemäße Veranstaltungen in begründeten

>> Karin Fetzner wurde erneut zur stellvertretenden Vorsitzenden gewählt



>> Martina Scherer wurde zur stellvertretenden Landesvorsitzenden gewählt



>> Anne-Elise Kiehn kandidierte für das Amt der stellvertretenden Vorsitzenden



>> Landesvorstand und Wahlvorstand in der Sparkassenakademie



Resolution zur Bildungspolitik

Die Vertreterversammlung 2021 des PhV BW stellt fest:

Die Folgen der Pandemie für Schülerinnen und Schüler sind im psychosozialen Bereich und in dem des Lernrückstands gravierend. Noch immer muss diese Gruppe der Bevölkerung stärker unter Corona-Maßnahmen leiden als die zu einem überwiegenden Teil geimpften Erwachsenen.

Die Langzeitfolgen fangen gerade an überblickt zu werden, wenn man Lernstand 5 und Vera 3 und 8 analysiert.

Das Programm 'Lernen mit Rückenwind' zielt vor allem auf die Fächer Mathematik, Deutsch und Englisch und ist auf zwei Jahre befristet. Außerdem bürdet es den Schülerinnen und Schülern zusätzlich zu G8 noch weitere Wochenstunden auf.

Baden-Württemberg wäre in der komfortablen Lage, einfach ein Corona-Aufholjahr zum G8 Bildungsgang zu ergänzen und danach ein Qualitäts-G9 anzubieten. Dies wurde leider durch den Koalitionsvertrag ausgeschlossen. Schülerinnen und Schüler, die eine längere Schulzeit

anstreben, werden noch stärker als bislang das Gymnasium in Richtung der beruflichen Gymnasien verlassen.

Die Schere zwischen bildungsfernen und bildungsnahe Schichten wurde durch die Pandemie erneut vergrößert.

Daher fordert der PhV BW:

- eine Neubesinnung der Regierung gegenüber G9,
- ein Delegieren von Arbeiten, die nichts mit der Kernaufgabe der Lehrkräfte zu tun haben (Testen, Netzwerke betreuen, ...), damit sich diese voll auf die Schülerinnen und Schüler konzentrieren können,
- baldige Planungssicherheit bei den G9 Versuchsschulen für alle am Schulleben Beteiligten.
- Die Verantwortung für gute Bildung muss beim Staat bleiben und darf nicht immer mehr in den Privatschuldienst abwandern.

Philologenverband Baden-Württemberg

Vertreterversammlung am 10. Dezember 2021 in Stuttgart

Resolution zur Berufspolitik

Die Vertreterversammlung 2021 des PhV BW stellt fest:

Die Arbeitsbelastung gymnasialer Lehrkräfte war schon vor der Corona-Pandemie-Krise zu hoch. Dies haben die baden-württembergischen Ergebnisse der bundesweiten Arbeitszeit- und Arbeitsbelastungsstudie des DPhV, die im März 2020 veröffentlicht wurden, überdeutlich belegt (siehe die entsprechende Pressemeldung des PhV BW unter <https://www.phv-bw.de/lehrkraefte-brauchen-entlastung/>).

Die Corona-Pandemie hat durch die Umstellung auf digitalen Fernunterricht im Lockdown, Wechselunterricht und Fernbetreuung einzelner Schüler und Schülerinnen im Präsenzunterricht und aufgrund von Zusatzaufwand durch Hygiene-Maßnahmen, Mitwirkung bei den Schüler-Selbsttests usw. zu zahlreichen Zusatzbelastungen geführt.

Daher fordert der PhV BW:

Folgende Entlastungsmaßnahmen sind überfällig, müssen von der Landesregierung in den Staatshaushalt (zum Beispiel durch einen Nachtragshaushalt) eingeplant und so rasch wie möglich umgesetzt werden:

• Absenkung der Unterrichtsverpflichtung

Die Unterrichtsverpflichtung der Gymnasiallehrkräfte muss sofort um zwei Stunden von 25 auf 23 Wochenstunden zurückgeführt werden (Stand von 1994), damit die Lehrkräfte die Zeit bekommen, die sie für die gewissenhafte Erfüllung ihrer Aufgaben brauchen.

• Absenkung des Klassenteilers

Der PhV BW fordert die Absenkung des Klassenteilers perspektivisch auf 28, in der gymnasialen Oberstufe auf 20 Schülerinnen und Schüler pro Lerngruppe. Es muss jetzt damit begonnen werden, die Klassengrößen schrittweise, Jahr für Jahr, abzusenken, um den Lehrkräften die Zeit zu geben, die sie brauchen, um die Schülerinnen und Schüler zu unterstützen und zu fördern. Gerade in der Zeit des Wechselunterrichts hat sich gezeigt, wie intensiv und wirksam der Unterricht in kleineren Gruppen ist – dies haben Schülerinnen und Schüler, Eltern und Lehrkräfte einhellig bestätigt. Diese positiven Erfahrungen müssen Eingang in die Schulen finden, wenn die 'bestmögliche Bildungsqualität' nicht nur eine hohle Phrase bleiben soll.

• Erhöhung des allgemeinen Entlastungskontingents

Die außerunterrichtlichen Aufgaben der Lehrkräfte haben – zuletzt in Zusammenhang mit der Corona-Pandemie – stetig zugenommen; die dafür zur Verfügung stehenden Entlastungsstunden sind dagegen schon vor Jahren um annähernd fünfzig Prozent gekürzt worden. Diese Kürzung muss umgehend rückgängig gemacht werden. Wenn zukünftig weitere Aufgaben auf die Lehrkräfte zukommen, muss im Sinne einer Arbeitszeitneutralität im selben Maß für Anrechnungsstunden gesorgt werden. Insbesondere die Netzwerkberater der Schulen müssen eine deutliche Aufstockung ihrer Anrech-

nungsstunden bekommen, damit sie die im Zuge der forcierten Digitalisierung anfallenden Aufgaben bewältigen können.

- **Zusatzarbeit durch Fernunterricht muss anerkannt und ausgeglichen werden**

Der digitale Fernunterricht, wenn ganze Klassen in Quarantäne geschickt oder Schulen geschlossen werden, war mit erheblichem Mehraufwand verbunden: Es mussten die technischen Hürden der Schüler überwunden, Unterrichtsgänge umgeplant, eine Vielzahl von Telefonaten geführt, Anwesenheiten umständlich festgestellt, Unterrichtsgeschehen verschriftlicht und Lernplattformen mit Material bestückt werden. Vor allem aber mussten unzählige digitale Schülerbeiträge korrigiert werden, wenn die Schüler eine ausreichende Rückmeldung erhalten sollten.

Außerdem entstand Mehrarbeit, wenn im Präsenzunterricht unter Pandemie-Bedingungen einzelne Schülerinnen und Schüler nicht am Präsenzunterricht teilnehmen und parallel digital unterstützt werden mussten; oder wenn einzelne Lehrkräfte keinen Präsenzunterricht erteilen konnten und deshalb die in der Schule befindliche Klasse von zuhause aus digital unterrichteten – und zusätzliche Lehrkräfte das Geschehen in der Schule pädagogisch unterstützen mussten.

All dieser Mehraufwand muss auf Antrag anerkannt und im Folgejahr durch eine entsprechende angemessene Dienstbefreiung ausgeglichen oder als Bugwelle verbucht werden.

- **Wirksamer Arbeits- und Gesundheitsschutz**

In der Pandemie-Situation hätte der massive Einsatz von Raumluft-Reinigungsgeräten den Arbeits- und Gesundheitsschutz zusätzlich verbessern können. Um für zukünftige Pandemie-Wellen gewappnet zu sein, aber auch zur Eindämmung der saisonalen Grippe-Wellen, fordert der PhV BW die Installation von Raumluft-Reinigungsgeräten in den Unterrichtsräumen. Insgesamt muss der Arbeits- und Gesundheitsschutz und der betriebsärztliche Dienst erheblich verbessert werden, damit die Lehrkräfte regelmäßig Fortbildungs- und Präventionsangebote im Bereich des Arbeits- und Gesundheitsschutzes nutzen können.

- **Daten- und Persönlichkeitsschutz im digitalen Fernunterricht**

Die Sicherstellung des Daten- und Persönlichkeitsschutzes im digitalen Fernunterricht darf nicht alleinige Aufgabe der Schulen sein. Das KM muss die notwendigen datenschutzkonformen digitalen Werkzeuge, zum Beispiel für die Übertragung von Video-Unterricht ("Streaming") oder Video-Konferenzen, zur Verfügung stellen und klar regeln, unter welchen Voraussetzungen die Video-Übertragung von Unterricht oder der Unterricht per Videokonferenz möglich ist. Den Schulen muss das KM entsprechende Regelwerke, FAQ-Listen, Muster-Nutzungsordnungen und Muster-Selbstverpflichtungserklärungen zur Verfügung stellen, damit alle Beteiligten wissen, welche Regeln zu beachten sind und was bei Regelverstößen zu erwarten ist.

- **Entlastung der Schulleitung**

Die Schulleitungen haben in der Corona-Zeit organisatorisch schier Übermenschliches geleistet: Sie mussten häufig neue, meist kurzfristige Regelungen binnen weniger Tage umsetzen und waren zu ständigen Umplanungen gezwungen. Deshalb muss zwingend die sofortige Entlastung der Schulleitungen (Schulleitungsprogramm 2. Tranche; Erhöhung der Leitungszeit und des allgemeinen Entlastungskontingents) erfolgen, zumal das 'Rückenwind'-Programm im kommenden Herbst auch wieder (zusätzlich zu allen anderen Aufgaben) von den Schulleitungen organisiert werden soll.

- **Verbesserung von Einstellung, Lehrerversorgung und Krankenreserve**

Die laufende Einstellung muss aufgestockt werden, um die zuvor genannten Forderungen umsetzen zu können, und damit die Lernlücken der Schülerinnen und Schüler bestmöglich aufgearbeitet werden können. Nur wenn genügend hochqualifizierte Lehrkräfte an den Schulen in Baden-Württemberg tätig sind, wird dies gelingen. Gerade nach der Corona-Krise muss die Lehrereinstellung endlich über den unmittelbaren Ersatzbedarf hinaus nachhaltig geplant werden, um den 'Schweinezyklus' in der Lehrereinstellung zu beenden.

*Philologenverband Baden-Württemberg
Vertreterversammlung am 10. Dezember 2021 in Stuttgart*

Resolution zur Gleichstellung

Die Vertreterversammlung 2021 des PhV BW stellt fest:

Die Belastungssituation von Lehrkräften insbesondere mit kleineren Kindern zeigt sich seit Beginn der Corona-Maßnahmen überdeutlich. Aber auch unter normalen Bedingungen stehen dienstliche Belange häufig der Verein-

barkeit von Familie und Beruf entgegen. Lehrkräfte sind trotz Chancengleichheitsgesetz und Kinderbetreuungseinrichtungen ständig in Sorge, ob ihre Schulleitung die für sie notwendigen Rahmenbedingungen möglich machen kann. Teilzeitkräfte müssen Entlastung bei teilbaren

Aufgaben in der Regel individuell bei der Schulleitung erbiten. Gleichzeitig steigt die Belastung für die Kollegien aufgrund von Beurlaubungen junger Eltern. Lehrkräfte in Vollzeit oder ohne besondere Lebenslage werden mit Zusatzaufgaben und schlechten Stundenplänen regelmäßig an den Rand des Leistbaren gebracht.

Und noch immer gilt: Gemessen am Frauenanteil im gymnasialen Lehramt sind Frauen in Führung überraschend unterrepräsentiert, insbesondere in Schulleitungen.

Lehrkräfte sind auch Rollenvorbilder und Wertevermittler. Fragen der Gleichstellung reichen weit über berufspolitische Fragen hinaus direkt in unser Kerngeschäft (Persönlichkeits-)Bildung hinein.

Der PhV BW fordert daher:

1. Eine bessere Vereinbarkeit für Familie und Beruf für Lehrkräfte ohne Zusatzbelastung, für Lehrkräfte mit und ohne Kinder bzw. mit zu pflegenden Angehörigen.

Das heißt konkret:

- Auch Gymnasien brauchen eine Vertretungsreserve.
- Teilbare und unteilbare Aufgaben müssen durch den Dienstherrn definiert werden.
- Fortbildungen sind Arbeit und Teil der Arbeitszeit. Regenerations- und Familienzeiten dürfen nicht zur Verfügungsmasse werden.
- Betreuungsangebote für Kita- und Grundschulkindern müssen flexibler werden.

- Betreuungsplätze für Kinder von Lehrkräften müssen so rechtzeitig zugesagt werden, dass Kolleginnen und Kollegen die Antragsfristen des Dienstherrn einhalten können.
- Digitale Teilnahmemöglichkeiten an analogen Konferenzen müssen geschaffen werden.

2. Das Land muss seine Führungskräfteauswahl geschlechtergerechter und nachhaltiger ausrichten:

- Frauen müssen gestärkt und motiviert werden – so wie Männer.
- Personen aus dem Kreis der LGBTQA+ Community dürfen nicht ignoriert werden.
- Die Funktionstätigkeit darf nicht additiv sein. Zusatzaufgaben im Rahmen von Funktionsstellen müssen mit entsprechenden Entlastungsstunden ausgeglichen werden.
- Funktionsstellen müssen in Teilzeit möglich sein – ohne sich mit Jobsharing dauerhaft auf ein Teilzeitdeputat festlegen zu müssen.
- Kriterien bei Stellenausschreibungen und Bewerbungsverfahren müssen hinsichtlich des Gleichheitsaspekts überarbeitet werden.
- Beurteilungen und Bewerbungsverfahren müssen transparenter gestaltet und Personalräte sowie BfC mit mehr Rechten für den Schutz der Beurteilten ausgestattet werden.

Philologenverband Baden-Württemberg

Vertreterversammlung am 10. Dezember 2021 in Stuttgart

Lernbrücken

In den Sommerferien 2020 sowie 2021 habe ich Französisch als Lernbrücke für die Klassen 6,7 und 8 unterrichtet. Es handelte sich hierbei jeweils um kleine Gruppen von etwa sechs mehrheitlich männlichen Schülern. Die meisten besuchten die Lernbrücken die kompletten zwei Wochen.

Die größten Lücken waren schnell gefunden und wurden von mir den Altersstufen entsprechend unterrichtet: vor allem Verben konjugieren, regelmäßige, unregelmäßige und in verschiedenen Zeiten. Dabei habe ich zum Teil 'altmodische' Methoden angewandt: rhythmisches Auswendiglernen, Wettbewerbs-Spiele mit

'Memory-Kärtchen' und anderes mehr. Materialien von offiziellen Stellen gab es keine, aber als routinierte Lehrerin weiß man sich zu helfen.

Die Ergebnisse am Ende der zwei Wochen waren durchweg erfreulich und das hing meiner Beobachtung nach an zwei wesentlichen Rahmenbedingungen: Die Schüler hatten jeden Wochentag eine Französisch-Stunde. Durch G8 hatten die Fremdsprachen, insbesondere Französisch, in der Stundentafel viele Wochenstunden verloren. Wenn dann im Stundenplan auch noch Doppelstunden anberaumt wurden, bestand die Gefahr, dass aus Fremdsprachen fremde Sprachen wurden.

Die Schüler fühlten sich durch die täglichen Wiederholungen gut begleitet und motiviert. Es kam zu sichtbaren und hörbaren Lernfortschritten.

Diese positiven Auswirkungen wurde durch die zweite Rahmenbedingung verstärkt – die kleinen Lerngruppen. Das wurde auch von den Schülern so begrüßt bzw. genossen.

Mein persönliches Fazit: Die Senkung des Klassenteilers allgemein und bei den Fremdsprachen ein Wiedereinbeziehen von repetitiven Strukturen würden weitaus mehr bringen als moderner 'Methoden-Zirkus.'

Brigitte Beyrich



>> Warnstreik in Stuttgart am 23. November 2021 anlässlich der Einkommensrunde 2021. Das dbb-Maskottchen, Volker Geyer (stellvertretender dbb-Bundesvorsitzender und Fachvorstand Tarifpolitik) und Kai Rosenberger (bbw-Vorsitzender) sowie Ralf Scholl (Vorsitzender des PhV BW) und Ursula Kampf (Mitglied der dbb-Bundestarifkommission)

Was bringt uns das Ergebnis der Einkommensrunde 2021?

Am 29. November 2021 haben sich Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite im Bereich öffentlicher Dienst Länder (TV-L) auf folgenden Tarifkompromiss geeinigt:

- Die Beschäftigten im Länderbereich erhalten spätestens mit dem Entgelt für März 2022 eine Corona-Sonderzahlung in Höhe von 1.300 Euro, steuer- und sozialabgabenfrei (Teilzeitkräfte anteilig).
- Zum 1. Dezember 2022 erhalten die Beschäftigten eine lineare Erhöhung von 2,8 Prozent.
- Die Laufzeit beträgt 14 Monate.¹ Auszubildende erhalten ebenfalls eine Corona-Sonderprämie und eine Erhöhung ihrer Entgelte.

Für den Krankenhaus-Bereich wurde eine Erhöhung von bestimmten Zulagen ab 1. Januar 2022 vereinbart: Uniklinikzulage, Intensivzulage, Infektionszulage, Wechselschichtzulage, Schichtzulage. Zudem wurde für bestimmte Berufsgruppen eine dynamische Gesundheitsdienstzulage eingeführt. Details unter: www.dbb.de/einkommensrunde.

Dieses Ergebnis zeigt, wie Ulrich Silberbach, dbb Verhandlungsführer in der dbb Bundestarifkommission, konstatierte: »Allein im Bereich des



von Ursula Kampf
Referat Arbeitnehmer/Tarif, Mitglied
der dbb-Bundestarifkommission

Gesundheitswesens hat die TdL [Tarifgemeinschaft deutscher Länder] den Mut gehabt, notwendige Verbesserungen mit uns zu vereinbaren.«² Für die übrigen Beschäftigten im öffentlichen Dienst der Länder stellte er fest: »Das, was jetzt vorliegt, war in der besonderen Situation, in der wir uns Ende November 2021 befinden, das maximal Machbare. ... Unsere Kolleginnen und Kollegen hätten sicherlich mehr verdient gehabt...«³. Das maximal Machbare in der besonderen Corona-Situation haben alle dbb-Fachgewerkschaften – in Baden-Württemberg am 23. November 2021 mit ihrer Protestkundgebung in Stuttgart – eindrucksvoll unter Beweis gestellt, der Philologenverband Baden-Württemberg am 16. Oktober 2021 mit seiner Aktion 'Wir backen uns unsere Lehrkräfte selber' in Schorndorf.

Wichtig ist bei dieser Tarifeinigung, was **nicht** vereinbart wurde, obwohl von Arbeitgeberseite bis in die letzte Verhandlungsrunde hinein gebetsmühlenartig als *conditio sine qua non* für Verhandlungen thematisiert: eine Neudefinition des *Arbeitsvorgangs*, die höchstwahrscheinlich zu Verschlechterungen in der Eingruppierung vieler Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (aber nicht der Lehrkräfte) geführt und die bisherige arbeitnehmerfreundliche, höchstrichterliche Rechtsprechung in diesem Bereich unterlaufen hätte. Hier stellt sich die Frage, warum die TdL nicht von Anfang an, sondern praktisch erst »in letzter Minute« bereit war, auf die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts im Blick auf die von ihr eingereichte Verfassungsbeschwerde zu den Urteilen zum Arbeitsvorgang zu warten.

Inzwischen hat das Finanzministerium Baden-Württemberg am 9. Dezember 2021 bekannt gegeben, dass »das Tarifergebnis für den öffentlichen Dienst der Länder zeit- und inhaltsgleich auf die aktiven Beamten, Richter und Staatsanwälte im Land übertragen werden«⁴ soll; »die Pensionäre profitieren nicht von der Corona-Sonderprämie«⁵; sie erhalten lediglich ebenfalls die lineare Erhöhung von 2,8 Prozent zum 1. Dezember 2022.

1-3 *dbb aktuell*, Einkommensrunde 2021, November 2021: Kompromiss mit der TdL steht.
4-5 *Stuttgarter Zeitung* vom 10. Dezember 2021, S. 7: Matthias Schiermeyer: Die Pensionäre fühlen sich als Verlierer.

Eine Würdigung:

Ende einer Ära

Joachim Schröder und Claudia Hildenbrand haben den Vorsitz im Bezirk Südbaden abgegeben

Es gibt wohl kaum ein PhV-Mitglied im Bezirk Südbaden, das mit den Namen **Joachim Schröder** und **Claudia Hildenbrand** nichts verbindet: Seit 2004, in achtzehn Jahren intensiver Arbeit, waren sie als Vorsitzende des Bezirks zwischen Konstanz und Sulz am Neckar, zwischen Lörrach und Rheinau unermüdlich unterwegs und haben Kolleginnen und Kollegen informiert, geschult, beraten und unterstützt.

Die erste Begegnung mit den beiden fand für viele bei der Vorstellung der Verbände an den Seminaren statt, bis vor einiger Zeit in direktem Schlagabtausch mit den Vertretern der GEW. Und bereits bei dieser Gelegenheit wurde für die meisten Zuhörer schnell deutlich, was dieses Duo auszeichnete: ungeheures und präzises Detailwissen, Überzeugungskraft und nicht zuletzt ein hohes Maß an Unterhaltsamkeit. Dass viele an diesem Tag zu Beginn des Referendariats Mitglieder im Philologenverband wurden, zeigt, wie eindrücklich die beiden die Stärken des Verbands vermitteln konnten.

Auch nach dem Referendariat gab es viele Gelegenheiten, erneut mit Joachim Schröder und Claudia Hildenbrand persönlich in Kontakt zu kommen. Ob Versetzungswunsch, Ärger mit der Schulleitung oder die Frage, wie viel Pension denn zu erwarten sei, sie hatten für die verschiedensten Situationen, die das Berufsleben als Lehrerin und Lehrer mit sich bringt, ein offenes Ohr und guten Rat.

Dazu kamen die Veranstaltungen zur Informationsweitergabe und Fortbildung, wie zum Beispiel ÖPR-Schulungen, Personalratskonferenzen und Regionalversammlungen. Diese waren immer sehr gut vorbereitet und mit einer geballten Menge an Informationen versehen. Besonders eindrucksvoll zu erleben war dabei das gekonnte Zusammenspiel zwischen Joachim Schröder und Claudia Hildenbrand. Ein Stichwort gab das nächste, und jeder hatte aus seinem umfangreichen Erfahrungsschatz anschauliche Beispiele zu den unterschiedlichsten Fragestellungen parat. Nur eines hatten diese Veranstaltungen nicht zu bieten: Langeweile.

Neben der Durchführung der zuvor schon etablierten Angebote haben die beiden auch neue Formate ins Leben gerufen, insbesondere den Teamtag für Örtliche Personalräte und Schulleitungen, der sicherlich an einigen Schulen dazu beigetragen hat, die Zusammenarbeit zwischen der Schulleitung und dem Personalrat auf das richtige Gleis zu setzen.

Was bei allen Veranstaltungen, besonders den mehrtägigen, nicht zu kurz kommen durfte, war der Genuss. Neben der eigentlichen Arbeit war den beiden immer das Miteinander wichtig, die Zeit für den Gedankenaustausch und

>> Joachim Schröder und Claudia Hildenbrand bei der Schulvertreterversammlung 2017 in Saig

Foto: privat



das persönliche Kennenlernen. Und das geht kaum besser als bei einem guten Essen oder einer Weinprobe am Abend. Als Teilnehmer fühlte man sich dadurch wertgeschätzt und wahrgenommen. In diesem Umgang miteinander liegt begründet, warum es den beiden gelungen ist, viele junge Mitglieder für die aktive Mitarbeit im Verband zu gewinnen. Sie haben den Jungen etwas zugetraut und sie bei der Übernahme von verantwortungsvollen Aufgaben unterstützt.

Joachim Schröder hatte unter seinen E-Mails viele Jahre ein lateinisches Motto eingefügt: *Quidquid agis, prudenter agas et respice finem* (Was du auch tust, handle klug und bedenke das Ende). Diesem Motto sind beide in ihrer Arbeit treu geblieben. Sie haben langfristig die Übergabe ihrer Ämter geplant und vorbereitet. Und auch in diesem Punkt zeigt sich der Teamgedanke, mit dem die beiden den Vorsitz geführt haben. Als klar war, dass Claudia Hildenbrand mit ihrer Pensionierung das Amt als stellvertretende Vorsitzende nicht weiterführen würde, hat sich auch Joachim Schröder dazu entschieden, einen Schritt zurückzutreten. Da wegen der Corona-Pandemie Vertreterversammlungen in Präsenz kaum möglich waren, hat sich die Übergabe etwas verzögert, aber am 13. Oktober 2021 in Bad Dürrenheim war es dann soweit: Joachim Schröder und Claudia Hildenbrand haben sich nicht mehr zur Wahl gestellt und den Stab an ein Dreierteam mit Konrad Oberdörfer, Martin Stroh und Christine Waibel weitergegeben. Dennoch werden beide weiter dem Philologenverband zur Verfügung stehen: Claudia Hildenbrand gegebenenfalls mit ihrer langjährigen Erfahrung, Joachim Schröder aktiv als Beisitzer im Vorstand des Bezirks Südbaden. Er wird auch die Informationsveranstaltungen zum Ruhestand an den Schulen weiterführen, und als Vorsitzender des BPR Freiburg ist er natürlich weiterhin für individuelle Fragen und Beratungen ansprechbar.

Für ihre langjährige umfassende Arbeit für den Verband und zugunsten der Kolleginnen und Kollegen gebührt Joachim Schröder und Claudia Hildenbrand eine hohe Anerkennung und ein großes und herzliches Dankeschön.

Bettina Hölscher

Die JuPhi bei den DPhV-Frauen

25 Jahre Frauenpolitische Arbeitsgemeinschaft

Im November durfte uns unsere Landesvorsitzende der JuPhi den PhV BW beim Herbsttreffen der DPhV-Frauen vertreten. In enger Zusammenarbeit und Abstimmung mit Claudia Grimm, Referat Vereinbarkeit von Familie und Beruf, brachte sie sich vor allem in punkto Netzwerke und Öffentlichkeitsarbeit, einem der inhaltlichen Schwerpunkte des diesjährigen Herbsttreffens in Fulda, ein und hinterließ einen bleibenden Eindruck für unseren Landesverband. Mit Herzlichkeit und Neugierde wurde sie in diesem Gremium empfangen.

Die Länderberichte der Frauen waren geprägt von Belastungen, die die Pandemie mit sich brachte bzw. bringt, und umfassten bildungs-, berufs- und frauenpolitische Aspekte. Es wurde festgestellt, dass gerade Frauen besonders beansprucht sind (etwa um zwei Drittel mehr als Männer). Informationen zur letzten Wahlperiode (Geschäftsbericht) wurden für gut befunden.

Einen Rückblick gab es auch auf die Hauptversammlung der dbb-Frauen im September in Berlin, bei der Martina Scherer für die DPhV-Frauen

als Unterstützung neu im Gremium war.

Einen Ausblick gab es auf die letzten Vorbereitungen für die Vertreterversammlung des DPhV, ebenso wie neue Ideen für die Sichtbarkeit der DPhV-Frauen in Anlehnung an die aktuellen Testimonials des DPhV auf dem Instagram Account *die_philologen*. Da die Vertreterversammlung aufgrund der Pandemiesituation leider nur digital und nur mit den wichtigsten Tagesordnungspunkten stattfinden konnte, mussten die kreativen neuen Ideen der Frauen etwas aufgeschoben und auch angepasst werden.

Nach wie vor, und auch besonders während der Pandemie, wurde uns deutlich vor Augen geführt, dass es für unsere vielen weiblichen Mitglieder und Amtsinhaber im DPhV unerlässlich ist, sich zu vernetzen und öffentlichkeitswirksam aufzutreten. Denn die vielfältigen Aufgaben von Frauen, auch von uns Lehrerinnen, erfordern gegenseitige professionelle, unbürokratische, manchmal auch unkonventionelle Unterstützung. Wir sind Fachfrauen auf vielen Gebieten wie in unserem Beruf, in der Familie,



>> Gabriela Kasigkeit, die Leiterin des Arbeitskreises der Frauen im DPhV, umringt von den Frauen aus den Ländern

in der Gesellschaft. Solidarität ist unsere Stärke.

Die Frauenpolitische Arbeitsgemeinschaft wird im Frühsommer 2022 ihr 25-jähriges Bestehen gebührend feiern. Es ist in der Akademie in Königswinter erst eine Fortbildung zur Weiterentwicklung des Arbeitskreises angedacht, an die sich eine Festveranstaltung mit interessanten weiblichen Gästen anschließen wird. **Martina Scherer**

Der Philologenverband im Gespräch mit ...

... dem Gymnasialreferat des Kultusministeriums

Am 12. November 2021 trafen sich die Leiterin des Gymnasialreferats im Ministerium für Kultus, Jugend und Sport, **Claudia Stuhmann**, und ihr Stellvertreter **Jan Wohlgemuth** zum Austausch mit Vertretern des Philologenverbands Baden-Württemberg. In einem sehr konstruktiven Dialog wurden vielfältige Themen wie zum Beispiel die Zukunft des G9-Modellversuchs, die Belastungen der Lehrkräfte und Schulleitungen am Gymnasium oder auch das Abiturkorrekturverfahren 2022 angesprochen. Es bestand Einigkeit, dass ab 2022 regelmäßige Treffen dann alle vier bis sechs Monate folgen sollen.

Enver Groß



>> Die Teilnehmenden im Gespräch (v.l.n.r.): Enver Groß (Schriftleiter Gymnasium Baden-Württemberg), Ministerialrätin Claudia Stuhmann, Karin Fetzner (stellvertretende Vorsitzende PhV BW), Stephanie Wölz (Referatsleiterin Bildungspolitischer AK des PhV BW), Jan Wohlgemuth (stellvertretender Referatsleiter Gymnasien) und Ralf Scholl (Vorsitzender PhV BW)

... der FDP

Videokonferenz von Landesvorstandsmitgliedern mit dem AK Bildung der FDP-Landtagsfraktion

Am 20. September 2021 trafen sich PhV-Landesvorstandsmitglieder per Videokonferenz mit dem Arbeitskreis Bildung der FDP-Fraktion im Landtag. Für den Philologenverband haben **Ralf Scholl** (PhV-Landesvorsitzender), **Karin Fetzner** (stellvertretende PhV-Landesvorsitzende), **Christian Unger** (Vorsitzender des PhV-Bezirksverbands Nordwürttemberg) und **Cord Santelmann** (Vorsitzender des PhV-Bezirksverbands Südwürttemberg und Referent für IT/Medien und Berufspolitik im PhV-Landesvorstand) sowie **Andrea Pilz** (Referentin für Bildungspolitik im PhV-Landesvorstand) an dem Gespräch teilgenommen. Sie sprachen mit **Dr. Timm Kern** und weiteren Mitgliedern des Arbeitskreises Bildung der FDP-Fraktion.

Die PhV-Landesvorstandsmitglieder schilderten die besonderen Belastungen des Schullebens durch die andauernde Pandemie-Situation und die un-

zulänglichen Arbeitsschutzmaßnahmen, zum Beispiel das weitgehende Fehlen von Luftfilteranlagen. Sie stellten insbesondere auch die Probleme der Referendare in den beiden vergangenen Corona-Jahren dar, vor allem die eingeschränkte Möglichkeit, eigene Unterrichtserfahrung im Präsenzunterricht zu sammeln. Aus PhV-Sicht sollten die Berufsanfänger durch eine Reduktion der Unterrichtsverpflichtung in den ersten Berufsjahren und Fortbildungsangebote für Berufseinsteiger unterstützt werden. Die Rückkehr zum 24-monatigen Referendariat erscheint dringender denn je.

Weitere Themen waren unter anderem das BelWü-Desaster und der drin-

gend notwendige Ausbau der Bildungsplattform mit datenschutzkonformen Modulen für schulische Mailkonten, Cloudspeicher und Online-Office-Anwendungen sowie natürlich die Frage, wie die Corona-Lernzeitverluste kompensiert werden können. Der Philologenverband sieht hier einen weiteren Grund zur raschen Rückkehr zu G9 als Regelform der allgemeinbildenden Gymnasien. Die offiziellen Programme wie 'Bridge the Gap' und 'Rückenwind' wurden einer kritischen Analyse unterzogen. Es war ein offener und konstruktiver Austausch, der regelmäßig fortgesetzt werden soll.

Cord Santelmann,

Referent für IT/Medien und Berufspolitik



>> Die Teilnehmenden der Videokonferenz des PhV BW mit dem AK Bildung der FDP

... der SPD

Am 22. November 2021 trafen sich, den Umständen geschuldet virtuell, **Stefan Fulst-Blei, Jonas Hoffmann, Katrin Steinhüb-Joo, Nora Dreier, Lisa Rößner** und **Daniel Born** von der SPD mit **Ralf Scholl, Cord Santelmann, Steffen Kottmann** und **Karin Fetzner** vom Philologenverband Baden-Württemberg.

Erstes, durchaus auch kontrovers beurteiltes Gesprächsthema war der Stand der Digitalisierung an den Schulen, besonders die Frage des Einsatzes von Alternativen zu MS 365, das angekündigte Auslaufen der Dienste von Belwü, der Aufbau einer landeseigenen Schulcloud sowie einer IT-Infrastruktur. Die schlüssigen Ausführungen von Cord Santelmann zeigten einen gut durchdachten Weg auf, wie es in der Zukunft weitergehen könnte.

Des Weiteren wurde die geplante Verschiebung des Realschulreferats unter das Dach des GMS-Referats diskutiert, was vom Philologenverband Baden-Württemberg sehr kritisch gesehen wird, weil es den Verdacht einer Vorbereitung zum Schulstrukturwandel aufkommen lässt.

Natürlich wurde auch die Corona-Situation an den Schulen im Land besprochen. Die Empfehlungen aus der Schul-

praxis waren zum Beispiel der flächendeckende Einsatz von PCR-Pooltests für alle, die konsequente Maskenpflicht auch am Platz und die weitere Ausstattung der Schulen mit Luftreinigungsgeräten. Trotz aller bestehender Maßnahmen wurde die Sorge geäußert, dass es auch in diesem Schuljahr möglicherweise wieder zu Schulschließungen kommen könnte, weil die Schutzmaßnahmen nicht schnell und strikt genug angeordnet wurden.

Beide Seiten wünschen sich weitere konstruktive Gespräche.

Karin Fetzner



>> Die Teilnehmenden des digitalen Gesprächs von PhV BW und SPD

Thema aktuell

heute: FDP

»Danke!«

Zunächst möchte ich die Gelegenheit nutzen, um »Danke!« zu sagen: Danke, liebe Kolleginnen und Kollegen, für Ihr unermüdliches Engagement in diesen schwierigen Zeiten. Nach bald zwei Jahren in der Pandemie wird für mich noch deutlicher, wie immens wichtig verlässliche Rahmenbedingungen für den Schulbetrieb sind. Was Sie in dieser Zeit geleistet haben, verdient hohe Anerkennung und die bestmögliche Unterstützung. Dieser Unterstützung ist das Kultusministerium leider nicht immer nachgekommen und hat mit kurzfristigen Änderungen der Corona-Verordnungen den Unterricht eher erschwert als sichergestellt. Mit entsprechendem Engagement habe ich mich mit meiner Fraktion im Landtag gegen Regelungen der Landesregierung gestemmt, die Ihnen das Unterrichten unnötig erschwert haben, und habe gleichzeitig effektive Maßnahmen zum Infektionsschutz eingefordert. Es sollte doch selbstverständlich sein, dass die Lehrkräfte mit FFP2-Masken ausgestattet werden. Es sollte auch selbstverständlich sein, dass man möglichst viele Klassenräume mit mobilen Luftfiltergeräten ausstattet, um den indirekten Infektionsschutz zu steigern und gerade in der kalten Jahreszeit zu ermöglichen, dass man nicht permanent den Klassenraum mit eiskalter Luft von außen fluten muss. Das Kultusministerium hat insoweit nicht immer das entsprechende Einfühlungsvermögen gezeigt und muss schließlich einen herben Vertrauensverlust hinnehmen. Allerorten höre ich, dass sich die Lehrerinnen und Lehrer nicht ausreichend von der Politik unterstützt fühlen und die Mehrzahl der Schulleitungen im Land bemängelt, nicht ausreichend informiert, unterstützt und



von Dr. Timm Kern,
MdL

zeitlich nicht in der Lage zu sein, beispielsweise das wichtige Programm zur Aufarbeitung der Lernrückstände adäquat umzusetzen. Euphemistisch als 'Rückenwind' betitelt, bedeutet dieses Programm leider eher bürokratischen Gegenwind für die Schulleitungen, der aus dem Kultusministerium kommt.

Doch wie Sie möchte auch ich nun nach vorne blicken und erkenne viele positive Signale aus Berlin. Der Koalitionsvertrag von SPD, Grünen und FDP lässt mich hoffen, dass wir in einem zentralen Handlungsfeld endlich entscheidend vorankommen werden, nämlich der Digitalisierung unserer Schulen. Es soll nicht nur eine Neuaufgabe des Digitalpaktes kommen, die mit einem verlässlichen Planungshorizont bis 2030 den unbürokratischen Austausch veralteter Technik und die Anschaffung neuer Hardware in Aussicht stellt, sondern auch im bestehenden Digitalpakt soll es noch im ersten Halbjahr 2022 zu einem besseren Mittelabfluss und merklichem Bürokratieabbau kommen. Zur Unterstützung vor Ort sollen Service-, Beratungs- und Vernetzungsangebote geschaffen werden. Und schließlich will man Kompetenzzentren für digitales und digital gestütztes Unterrichten fördern und eine zentrale Anlaufstelle für das Lernen und Lehren in der digitalen Welt schaffen. Mit diesen Maßnahmen sollte

es aus meiner Sicht gelingen, Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, dabei zu unterstützen, den Einzug des Digitalen in den Unterricht fortzusetzen und die Potentiale zu heben, die die Digitalisierung an den Schulen bietet. Nicht zuletzt werden unsere Schulen dadurch auch krisenfester werden, wenn es endlich entsprechende digitale Lehr- und Lernmittel sowie zuverlässige und praxisnahe digitale Programmstrukturen und Plattformen geben wird.

Doch wo Licht ist, ist auch Schatten – denn eine 'Baustelle' wird uns leider auch in den nächsten Jahren noch erhalten bleiben: die fehlende Verbindlichkeit der Grundschulempfehlung. Die bildungspolitische 'Ursünde' der Abschaffung der Verbindlichkeit durch die grün-rote Landesregierung zur vermeintlichen Verbesserung der Bildungsgerechtigkeit liegt nun zehn Jahre zurück. Für die kommenden fünf Jahre hat sich die aktuelle Landesregierung im Koalitionsvertrag darauf geeinigt, dass man die Vorlagepflicht bei der weiterführenden Schule und das Beratungsangebot beibehalten will. Schon heute müssen wir aber konstatieren, dass es um die Bildungsgerechtigkeit längst nicht besser bestellt ist – eher das Gegenteil ist aus meiner Sicht, aber auch aus Sicht der Wissenschaft, der Fall, ganz abgesehen von dem Chaos in Sekundarstufe I, das wir überall erkennen müssen. Es bleibt daher noch viel zu tun auf dem Weg zu einer weltbesten Bildung für alle Schülerinnen und Schüler. Dies sollte eigentlich das Ziel der Bildungspolitik sein. Dieser Herausforderung werde ich mich auch weiterhin mit Ihnen stellen und freue mich auf ein produktives und bereicherndes Jahr 2022. Bleiben Sie gesund!

Für Sie im HPR Gymnasien beim KM | Für Sie im HPR Gymnasien beim KM | Für Sie im HPR

Für Sie im HPR außerschulischer Bereich



Jörg Sobora
Vorsitzender



Andrea Pilz
Vorstandsmitglied



Ralf Scholl



Ursula Kampf



Anne-Elise Kiehn



Martin Brenner



Michael Belz



Anne Käßbohrer



Cord Santelmann



Christian Unger



Björn Sieper



Stefanie Wölz



Konrad Oberdörfer

Der PhV im HPR und HPR asB



Corona-Pandemie

Auch der Hauptpersonalrat Gymnasien ist mit dem rasanten Anstieg der Infektionszahlen seit dem 7. Dezember 2021 wieder auf das Onlineformat umgestiegen und führt die Sitzungen per Videokonferenz (Stand Ende Dezember 2021) durch.

Mit dem Anstieg der Infektionszahlen hat der Hauptpersonalrat viele neue Anfragen bekommen und sich deshalb beim Kultusministerium für die Lieferung von FFP2-Masken und die Bereitstellung von Antigen-Tests auch für geimpfte Kolleginnen und Kollegen eingesetzt. Ziel war, die Lehrkräfte bestmöglich zu schützen und den Präsenzunterricht zu ermögli-

chen. Leider lehnte das Kultusministerium beide Dinge ab.

Die Regelung, die das Kultusministerium für die drei letzten Schultage vor den Weihnachtsferien vorsah, nämlich, dass sich die Schülerinnen und Schüler in selbstgewählte Quarantäne begeben konnten, rief erwartungsgemäß großen Unmut an den Schulen hervor. Auch der Hauptpersonalrat Gymnasien hat das Kultusministerium für diese Regelung kritisiert, bedeutete sie doch erhebliche organisatorische Zusatzarbeit für die Schulen und Mehrarbeit für die Lehrkräfte, die Aufgaben für Schülerinnen und Schüler erteilen, Nachklausuren an-

bieten und grundsätzlich den Überblick behalten mussten.

Inwieweit die neue Omikron-Variante den Schulbetrieb im Januar/Februar 2022 beeinflussen wird, kann zum Zeitpunkt des Redaktionsschlusses (Ende Dezember 2021) nur gemutmaßt werden. Es bleibt zu hoffen, dass die neue Variante weniger gefährlich sein und Präsenzbetrieb an den Schulen möglich bleiben wird.

Die Schulen ebenso wie die Personalvertretungen und die Gesellschaft insgesamt wünschen sich, dass endlich wieder eine gewisse Normalität einkehren möge und der permanente Ausnahmezustand der Coronapandemie irgendwann nicht mehr das beherrschende Thema sein wird.

Fortbildungen

Zum Zeitpunkt des Redaktionsschlusses wurden durch die relativ hohe Zahl an Neuinfektionen durch Corona sehr viele Lehrkräftefortbildungen nur noch in digitaler Form durchgeführt. Dies ist zunächst ja nichts Problematisches, da digitale Veranstaltungen Fahrzeiten sparen und die Gefahr von Infektionen praktisch auf Null senken. Nach mittlerweile fast zwei Jahren Coronapandemie und verschiedenen Wel-

len mit einem Wechsel aus Präsenzfortbildungen und digitalen Formaten wünschen sich viele Lehrkräfte aber auch in diesem Bereich wieder eine Normalität zurück, in der die vielen Dinge, die Fortbildungen neben den reinen Inhalten so interessant und attraktiv machen, wieder Teil des Berufes sein können. Der kollegiale Austausch, das kollegiale Miteinander und die Freude, anderen Menschen wieder persönlich be-

gegenen zu können, sind eben enorm wichtig.

In diesem Zusammenhang setzt sich der Hauptpersonalrat Gymnasien dafür ein, dass asynchrone Phasen digitaler Fortbildungen als Arbeitszeit gelten und dafür eine Freistellung vom Unterricht erfolgt, damit sich Lehrkräfte gut auf die Fortbildungen vorbereiten oder diese nachbereiten können. Die Gefahr der Entgrenzung von Arbeitszeit durch die verstärkte Nutzung von digitalen Fortbildungen ist real. Wir bleiben an diesem Thema dran.

Förderprogramm 'Lernen mit Rückenwind'

Das Förderprogramm, das eigentlich direkt nach den Herbstferien 2021 starten sollte, hat sich insgesamt verzögert, da die Umsetzung sehr komplex und teilweise kompliziert war. Erst im Dezember letzten Jahres konnte eine nennenswerte Anzahl von Arbeitsverträgen für externe Kräfte ('Pädagogische Assistenten') im gymnasialen Bereich abgeschlossen werden. Bleibt zu hoffen, dass diese externen Kräfte die Lehrkräfte bei der Förderung der Schülerinnen und Schüler tatkräftig unterstützen können.

Allerdings gibt es nach wie vor ein Gefälle zwischen den Regionen, was die Gewinnung von Personal anbelangt. So ist es in Universitätsstädten oder Gebieten, in denen sich Hochschulen befinden, nicht so schwer, Personal zu rekrutieren. Für Schulen im ländlichen Raum ist es allerdings nicht einfach, überhaupt interessierte Personen zu finden. In diesem Zusammenhang hat der HPR Gymnasien vom Kultusministerium verlangt, ein Konzept der Gewinnung von qualifizierten Personen auch für die weniger nachgefragten Regionen vorzulegen.

Der HPR Gymnasien hofft trotzdem, dass die Lernlücken und Defizite im sozial-emotionalen Bereich der Schülerinnen und Schüler möglichst schnell behoben werden können.

Arbeitsschutz und betriebliche Gesundheitsförderung

Nach erfolgreich durchgeführter europaweiter Ausschreibung wurde der Zuschlag zur Rahmenvereinbarung über die arbeitsmedizinische und sicherheitstechnische Betreuung für das Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg inklusive des nachgeordneten Bereichs an die B.A.D. Gesundheitsvorsorge und Sicherheitstechnik GmbH erteilt.

Die B.A.D. Gesundheitsvorsorge und Sicherheitstechnik GmbH wird somit vom 1. Januar 2022 bis 31. Dezember 2025 für die arbeitsmedizinische und sicherheitstechnische Betreuung auch der Gymnasien zuständig sein.

Lernmanagement- system *itslearning*

Beirat des
Kultusministeriums zur
digitalen Bildungsplattform

Das Kultusministerium hat mittlerweile das Lernmanagementsystem *itslearning* den Schulen in Baden-Württemberg zur Verfügung gestellt. Die Gymnasien waren am Anfang nicht dabei, da der HPR Gymnasien wegen Datenschutzproblemen nicht zugestimmt hatte. *Itslearning* soll Teil einer digitalen Bildungsplattform sein, deren verschiedene Teile vom Kultusministerium demnächst ausgeschrieben werden sollen.

Die Staatssekretärin im Kultusministerium Sandra Boser hat einen Projektbeirat für die digitale Bildungsplattform ins Leben gerufen, der das KM in dieser Frage beraten soll. Dem Beirat gehören auch die Hauptpersonalräte an, sodass gewährleistet ist, dass die Perspektive der Lehrkräfte nicht zu kurz kommt und das KM auch Rückmeldungen aus der Praxis erhält.

Jörg Sobora

Referendarsausbildung erneut nur online

An den Seminaren für Ausbildung und Fortbildung der Lehrkräfte (Gymnasium) beginnt im Januar der neue Kurs 2022/2023. Vielerorts hat man sich bereits seit längerer Zeit mit den Planungen für den Vorkurs beschäftigt. Schließlich wollen ja beispielsweise Unterrichtsbeobachtungen an den Schulen der Fachleiter terminlich abgestimmt werden. Die Seminare sind bis letzte Woche davon ausgegangen, dass dies wieder in Präsenz erfolgen kann. Nun kam kurzfristig die Hiobsbotschaft aus dem ZSL: *»Wie im vergangenen Jahr finden auch im Jahr 2022 lediglich die Auftaktveranstaltungen zur Urkundenübergabe/Vereidigung am 10. Januar 2022 bzw. 1. Februar 2022 in Präsenzform statt. Sobald sich Veränderungen im Vorgehen ergeben, werden wir Sie informieren.«*

Unverständlich ist diese Maßnahme vor allem deshalb, weil an den Schulen ja weiterhin in Präsenz unterrichtet wird. Dies kann nun zweierlei bedeuten: Entweder müssen Referendare, die seminareitig für den Online-Unterricht ausgebildet werden, nun plötzlich – ohne entsprechende Vorbereitung durch die Seminare – in Präsenz unterrichten oder aber man geht davon aus, dass die Vorbereitung der Referendare für den Unterricht in Präsenz problemlos auch vor Ort durch die zugeleiteten Mentoren erfolgen kann. Bei mir schrillen da alle Alarmglocken! Schleswig-Holstein hat ein ähnliches Modell...

An dieser Stelle zeigt sich m.E. erneut, dass die Konstruktion des ZSL mit zwei weiteren Hierarchieebenen nicht von der Sache her gedacht wurde. Entscheidungen fallen heute am ZSL auf einer Ebene, die weit weg von der Ausbildungsrealität agiert. Viel effektiver war dagegen das alte Modell, bei dem eigenständige Seminare auch eigenständig – unter Berücksichtigung der konkreten Situation vor Ort – entscheiden konnten. Hier wäre die Entscheidung 'Online versus Präsenz' an einigen Standorten sicher anders ausgefallen.

Einen kleinen Hoffnungsschimmer gibt es dennoch, dass die ganze Sache nochmals revidiert wird. *»Maßnahmen des behördlichen Gesundheitsmanagements einschließlich vorbereitender und präventiver Maßnahmen«* sind gemäß §74 (2) 8 LPVG uneingeschränkt mitbestimmungspflichtig. Eine Beteiligung des Personalrates hat aber bei dieser äußerst weitreichenden Entscheidung bisher nicht stattgefunden. Damit ist die Maßnahme – ohne Zustimmung des Personalrates – nicht rechtens und darf gemäß §73(1) LPVG eigentlich nicht umgesetzt werden.

Michael Belz

Die ältere Generation im Internet?

Bei einer Tagung der Seniorenbeauftragten des Deutschen Philologenverbandes (DPHV) war ein zentrales Thema die 'digitale Teilhabe im Alter'. Helmut Hauser, der Seniorenbeauftragte des Philologenverbandes Baden-Württemberg, führte am Rande dieser Tagung das folgende Interview mit Nicola Röhricht, Leiterin der Geschäftsstelle 'DigitalPakt Alter' der Bundesarbeitsgemeinschaft Alter.

HELMUT HAUSER: Frau Röhricht, Sie arbeiten als Referentin der Bundesarbeitsgemeinschaft Alter (bagso). Können Sie bitte diese Organisation unseren Lesern kurz vorstellen.

NICOLA RÖHRICHT: Die bagso – Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen vertritt seit 1989 die Interessen der älteren Generationen in Deutschland. Sie setzt sich für ein aktives, selbstbestimmtes und gesundes Älterwerden in sozialer Sicherheit ein. Sie fördert ein differenziertes Bild vom Alter, das die vielfältigen Chancen eines längeren Lebens ebenso einschließt wie Zeiten der Verletzlichkeit und Pflegebedürftigkeit.

In der bagso sind rund 120 Vereine und Verbände der Zivilgesellschaft zusammengeschlossen, die von älteren Menschen getragen werden oder die sich für die Belange Älterer engagieren. Die Vielfalt, die Kompetenz und das Engagement ihrer Mitglieder sind die Stärke der bagso. Über ihre Mitgliedsverbände ist sie stets nah dran an den Wünschen und Bedürfnissen älterer Menschen.

HAUSER: Haben Sie einen Überblick, wie groß der Anteil der älteren Menschen ist, die das Internet regelmäßig nutzen?

RÖHRICHT: Bei den 60- bis 69-Jährigen sind es inzwischen etwa 85 Prozent, während bei den über 70-Jährigen lediglich 52 Prozent das Internet nutzen.

HAUSER: Welche Möglichkeiten haben interessierte Seniorinnen und Senioren, um sich fit fürs Internet zu

machen bzw. vorhandene Kenntnisse zu erweitern?

RÖHRICHT: Seit sechs Jahren gibt es das Projekt Digital-Kompass, das die bagso gemeinsam mit *Deutschland sicher im Netz e.V.* durchführt. Es wird vom Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV) gefördert. Hier kann man auf einer Landkarte 100 Digital-Kompass Standorte bundesweit finden. Diese machen Angebote, für (ältere) Menschen, die ihre digitalen Kenntnisse erweitern wollen bzw. sich zum ersten Mal mit dem Thema befassen und hier Unterstützung suchen. Meist sind es ehrenamtliche Lotsen, die eine Eins-zu-Eins-Beratung anbieten, oder es wird ein Internettreff oder Smartphonecafé durchgeführt. Link: <https://www.digital-kompass.de/standorte>

Interessante und leicht verständliche Lehr- und Lernmaterialien gibt es beim Digital-Kompass im Bereich 'Materialien'.

In diesem Jahr sind noch 100 so genannte digitale Erfahrungsorte hinzugekommen, die ähnliche Angebote machen. Eine Liste der Erfahrungsorte findet sich unter: https://www.bagso.de/fileadmin/user_upload/bagso/03_Themen/Digitalisierung/DigitalPakt_Alter/Liste_100_Erfahrungsorte_DigitalPakt_Alter_2021.pdf. Dies ist durch das Projekt 'DigitalPakt Alter' möglich geworden. Der DigitalPakt Alter ist eine Initiative zur Stärkung von gesellschaftlicher Teilhabe und Engagement Älterer in einer digitalisierten Welt. Initiiert vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) und der bagso ist er als Bündnis von Partnerorganisationen aus Bund, Ländern, Kommunen, Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft angelegt. Ziel ist es, ältere Menschen bei der digitalen Teilhabe zu unterstützen und unter anderem auch auf geeignete Lernangebote aufmerksam zu machen. Die vielen bereits bestehenden, guten Ansätze zur Stärkung der digitalen Teilhabe Älterer auf allen Ebenen sollen gesammelt, Hand-



>> Nicola Röhricht ist Leiterin der Geschäftsstelle 'DigitalPakt Alter' der Bundesarbeitsgemeinschaft Alter

lungsbedarfe sichtbar gemacht werden.

Der DigitalPakt Alter ist als längerfristige Initiative angelegt. Gemeinsam mit den Partnerorganisationen aus allen gesellschaftlichen Bereichen sollen vielfältige Maßnahmen zur Stärkung der digitalen Teilhabe kooperativ und sektorenübergreifend vorangetrieben werden. Der Blick richtet sich hierbei auf ein selbstbestimmtes und selbstständiges Leben im Alter und umfasst die Handlungsfelder, die im achten Altersbericht als Lebenswelten bezeichnet werden: Wohnen, Mobilität, soziale Integration, Gesundheit und Pflege sowie Sozialraum bzw. Quartier.

Die Partner des DigitalPakts Alter sind:

- Bitkom – Bundesverband Informationswirtschaft, Telekommunikation und neue Medien e.V.
- Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege e. V.
- Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement
- Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände
- Deutsche Gesellschaft für Gerontologie und Geriatrie e. V.
- Deutscher Gewerkschaftsbund
- Deutscher Volkshochschul-Verband e.V.
- Deutschland sicher im Netz e.V.
- Stiftung Digitale Chancen
- Verbraucherzentrale Bundesverband e.V.



HAUSER: Auch Seniorinnen und Senioren, die offen und interessiert sind, das Internet in seinen verschiedenen Facetten zu nutzen, scheitern oft an Problemen, wie der nicht gegebenen Barrierefreiheit. Was unternimmt bzw. fordert die *bagso*, um solche Hürden abzubauen.

RÖHRICHT: Digitalisierung muss im Dienst der Nutzerinnen und Nutzer stehen. Entwicklungen digitaler Hard- und Software müssen, was Funktionalität, Datenschutz und Datensicherheit angeht, nutzergerecht sein. Nicht die Nutzenden sind in der Pflicht, sich immer wieder aufs Neue die Handhabung anzueignen und auf Datensicherheit zu achten.

Zur digitalen Grundversorgung gehören nach Meinung der *bagso*

und der Sachverständigenkommission des achten Altersberichts von 2020 ein deutschlandweites, flächendeckend verfügbares Internet sowie ein kostenfreier Zugang im öffentlichen Raum. Die digitale Grundversorgung in Alten- und Pflegeheimen muss sichergestellt werden.

Seit 2019 ist der Europäische 'Accessibility-Act' in Kraft, eine Richtlinie, in der es besonders um 'Digitale Barrierefreiheit' geht. Für Menschen mit Behinderung hat Barrierefreiheit sicherlich den größten Stellenwert. Ohne sie kann eine gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben nicht gewährleistet werden.

HAUSER: Nicht alle älteren Menschen können oder wollen sich ans Internet gewöhnen. Was fordert die *bagso* im Hinblick auf diese Personen von der Politik, Behörden und Firmen?

RÖHRICHT: Allen (älteren) Menschen muss der Zugang zur digitalen Welt ermöglicht werden und Unterstützung verfügbar sein. Die *bagso* fordert das Recht auf ein Leben ohne Internet, in dem gesellschaftliche Teilhabe in allen Facetten möglich sein muss. Da es immer schwieriger wird, allein die Dienstleistungen der öffentlichen Verwaltung ohne digitale Fertigkeiten und Geräte wahrzunehmen (Steuererklärung, Termin beim Bürgerbüro, Personalausweis und natürlich alles rund um Corona: Melden, Testen, Impfen). *bagso* erwartet, dass – im Interesse nicht nur der älteren Menschen – weiterhin ana-



TIPP

Wegweiser durch die digitale Welt

Kostenfreie Bestellung

per Mail: Publikationsversand der Bundesregierung
publikationen@bundesregierung.de

telefonisch: 030 182722721
(0,14 Euro/Minute, abweichende Preise aus den Mobilfunknetzen möglich)

Schriftlich: Postfach 48 10 09 | 18132 Rostock

Download: <https://www.bagso.de/publikationen/ratgeber/wegweiser-durch-die-digitale-welt/>

loge Angebote (zum Beispiel bei Behördenangelegenheiten, Fahrscheinerwerb, Bankgeschäften) zur Verfügung stehen, solange ein ungehinderter Zugang für alle noch nicht gesichert ist. Ausreichende Übergangsfristen sind einzuräumen. Um das Ziel eines langen, selbstbestimmten Lebens in einem Zuhause mit nachbarschaftlicher Vernetzung, gesellschaftlichen Teilhabechancen, sicherer Mobilität und gesundheitlicher Versorgung zu ermöglichen, müssen Bund, Länder und Kommunen ein gemeinsam gesteuertes, integriertes, fachübergreifendes Gesamtkonzept entwickeln.

Auf der anderen Seite: Wer mal zu seinen Lieblingsthemen im Internet gesurft ist, möchte das auch nicht missen und hat man erstmal geschnuppert und den Nutzen der digitalen Welt erkannt, lernen sich die Anwendungen und Gerätebedienungen leichter!

HAUSER: Vielen Dank für das Gespräch.

Ankündigung

Regionalversammlung Region Obere Donau (Bezirk 4, Region 63)

am Montag, dem 7. März 2022,
von 16:00 bis 18:00 Uhr
Hotel Schwarzer Adler | Hauptstraße 41 | 88348 Bad Saulgau

Heinz Einwiller

Eine ehemalige Synagoge als »Schul«

Anmerkung der Redaktion: Die Leitung der Gedenkstätte Freudental informiert unsere Leser in diesem Beitrag über die Möglichkeiten eines Besuchs mit Schulklassen.

Der Verein Pädagogisch-Kulturelles Centrum Ehemalige Synagoge Freudental (PKC) 'bespielt' die Gedenkstätte in der kleinen Gemeinde am Nordwestrand des Landkreises Ludwigsburg. Anfang der achtziger Jahre wurde in Freudental heiß diskutiert, denn das ziemlich marode Synagogengebäude sollte abgerissen werden. Daraufhin haben sich verschiedenste Leute zusammengefunden, um die »Schul« – so sagt man auf Jiddisch – nicht nur zu retten, sondern auch zu renovieren und wieder mit Leben zu erfüllen. Was kann dieser kleine Verein gegen den Antisemitismus ausrichten?

Erstens können wir uns alle – unabhängig von unserer Religion – vom Judentum das grundlegende Ideal der Bildung abschauen. Die Juden gehen in die Synagoge, um zu beten und um zu lernen. Alle mussten und müssen ja lesen können, um ihre Religion auszuüben. Wenn ein jüdisches Kind als Bar Mizwa oder Bat Mizwa (Sohn oder Tochter der Pflicht) religionsmündig und in die Gemeinde aufgenommen wird, muss er oder sie ein Stück aus der Tora vorlesen. Juden wuchsen im Prinzip sogar zweisprachig auf.

Diese Bildungsgeschichte können wir an den Funden der Freudentaler Genisa aufzeigen. Im Dach der Synago-

ge wurden ehrfurchtsvoll die nicht mehr gebrauchten Texte und Stoffe abgelegt, die den heiligen Namen Gottes enthalten. Wir zeigen hier Bibelausgaben und Gebetbücher, aber auch Alltagskalender mit der christlichen Zeitrechnung in lateinischer Schrift und der jüdischen Zeitrechnung in hebräischer Schrift.

Zweitens können wir in Freudental zwar 'nur' anhand von Steinen und deren Geschichten vom Judentum erzählen, legen aber den Schwerpunkt auf das blühende Gemeindeleben, welches das Dorf vor allem im 19. Jahrhundert selbstverständlich mitgeprägt hat und sprechen erst anschließend vom Antisemitismus und seinen schrecklichen Auswirkungen. Bei unseren Führungen beginnen wir in der ehemaligen Synagoge mit ihrer beeindruckenden Raumwirkung, erläutern die Funde der Genisa, zeigen das Haus der ehemaligen Mikwe (Tauchbad), erzählen Geschichten über die letzten Wohnorte von Juden in Freudental und besuchen gemeinsam den jüdischen Friedhof. An vielen Stellen sind Gemeinsamkeiten zum Christentum bzw. Geschichten über völlig normales nachbarschaftliches Zusammenleben in einer kleinen Landgemeinde zu verorten.

Unsere Besucherinnen und Besucher lernen hier mehr über das Judentum und dessen Traditionen. So verstehen sie unsere heutige Gesellschaft und auch die stilbildenden Elemente, die



wir aus dem Judentum übernommen haben. Dadurch, dass alle Juden schon immer lesen lernen mussten, war der Fortbestand der Religion auch schon immer auf die Schultern aller verteilt. Genauso liegt der Fortbestand unserer heutigen demokratischen Gesellschaft in der gemeinsamen Verantwortung von uns allen.

Drittens können wir mit unterschiedlichen Veranstaltungen Menschen aller Altersgruppen ansprechen und mit unseren bescheidenen Mitteln gegen den (leider sehr tief sitzenden) antisemitischen Mythos der jüdischen Weltverschwörung wirken. Wissen ist Medizin gegen sprachliche Verrohung und Aggression, denn wer etwas kennt und vielleicht sogar ein positives Bild davon hat, braucht keine Angst mehr davor zu haben.

Anfang Dezember kamen die Dritt- und Viertklässler der Freudentaler Grundschule mit ihren Lehrerinnen während des Religionsunterrichts in die ehemalige Synagoge, um das jüdische Fest Chanukka kennen zu lernen. Es waren höchst interessierte Kinder, die »die Synagoge vor ihrer Haustür« besuchten, von der Wiedereroberung des Jerusalemer Tempels und vom Ölwunder hörten und mit dem Treidel spielten. Wussten Sie, dass unsere Tradition der Adventskranzlichter erst vor gut 170 Jahren von der Lichtersymbolik der Chanukkia (das ist der besondere achtarmige Leuchter) abgeleitet wurde?

Bei Führungen und Lerntagen hatten wir schon mehrfach die Gelegen-



>> Die »Schul«



>> Die israelisch-syrische Grenze:
Blick auf Syrien bei Kuneitra.
Damaskus ist nur 65 Kilometer entfernt

heit, antisemitische Vorurteile – selbst wenn sie 'nur' unbedacht geäußert oder von anderen übernommen wurden – zu entkräften oder wenigstens zu erschüttern. Wenn wir die Minderheiten nicht bloß als Opfer und Verfolgte wahrnehmen wollen und wenn wir verstehen, dass mit antisemitischen Angriffen unsere Gesellschaft als Ganze angegriffen wird, weil es um demokratisches, gleichberechtigtes Miteinander aller Menschen mit ihren unterschiedlichen Meinungen und Glaubensrichtungen geht, dann können und müssen wir uns mit Blick auf unsere Geschichte gleich zu Beginn wehren, also genau jetzt. Der friedliche und nachhaltige Weg des Widerstands ist das Lehren und Lernen – zum Beispiel in einer »Schul«!

Michael Volz

Wir laden Sie herzlich ein, das PKC zu besuchen, gerne mit einer Gruppe:

Pädagogisch-Kulturelles Centrum
Ehemalige Synagoge Freudental

Michael Volz,

Leiter für Pädagogik & Kultur

Isolde Kufner,

Leiterin der Geschäftsstelle

Strombergstraße 19

74392 Freudental

Telefon: 07143 24151

E-Mail: mail@pkc-freudental.de

Internet: www.pkc-freudental.de

Instagram: @pkcfreudental

Erinnern für die Zukunft - Zukunft für die Erinnerung

Die Erfolgsgeschichte der dreiteiligen Lehrerinnen- und Lehrer-Fortbildung

Im Jahr 2010 wurde ein Pilotprojekt gestartet, das sich mittlerweile zu einer regelrechten Erfolgsgeschichte entwickelt hat. Seitdem sind insgesamt fünf Mal Lehrerinnen und Lehrer aus ganz Baden-Württemberg nach Israel geflogen. Die Reisegruppen kommen jeweils aus verschiedenen Schularten (hauptsächlich aus beruflichen Schulen, Realschulen und Gymnasien), vorwiegend aus den Fachbereichen Geschichte, Gemeinschaftskunde/Politik, Religion, Ethik und Deutsch. Kern der dreiteiligen Lehrerinnen- und Lehrer-Fortbildung ist eine Reise nach Israel. Vorab findet ein eineinhalbtägiges Einführungsseminar statt, in der Regel in Bad Urach, als Abschluss ein eintägiges Nachbereitungstreffen in Stuttgart.

Nach wie vor und trotz aller Aufklärung in der Schule und durch die Medien ist ein latenter Antisemitismus von etwa zwanzig Prozent in der bundesrepublikanischen Gesellschaft festzustellen. In Zeiten von

NSU-Morden und anderen rechtsextremistischen Aktivitäten im städtischen und ländlichen Raum und einer zunehmenden zeitlichen Distanz zu den Verbrechen der Nationalsozialisten stellt sich für alle pädagogisch Verantwortlichen umso dringlicher die Frage, wie die Schule im Zusammenwirken mit dem Elternhaus den Jugendlichen die Bedeutung des Holocaust als »Zivilisationsbruch vor den Augen der Öffentlichkeit« vermitteln kann. Darin liegt eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, der sich die historisch-politische Bildungsarbeit verstärkt annehmen muss.

Seit 2015 wird diese Fortbildung, die sich hauptsächlich an Multiplikatoren der verschiedenen Fachbereiche richtet, vom Kultusministerium großzügig bezuschusst. Weitere Partner, die das Konzept von Anfang an mitentwickelt und getragen haben, sind der Südwestdeutsche Lehrerinnen- und Lehrerverband für historische, politische und ökonomische

Bildung, die Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg und die Internationale Schule für Holocaust Studien Yad Vashem in Jerusalem. Die dreiteilige Fortbildung findet alle zwei Jahre statt und wird von den drei Lehrkräften Daniel Felder, Alexandru Lucaski und Eva Obbarius vorbereitet und durchgeführt.

Die Israelreise besteht hauptsächlich aus mehrtägigen Seminaren und Workshops in Yad Vashem, die auch Exkursionen auf dem Gelände der Gedenkstätte beinhalten, zum Beispiel zur Kindergedenkstätte, die an die etwa eineinhalb Millionen jüdischer Kinder erinnern soll, die in der Shoah umgebracht wurden, oder zum Partisanendenkmal, einer aus Cortenstahl gefertigten Skulptur in Form eines Baumes mit dem Titel »Denn der Mensch ist wie ein Baum auf dem Feld« (5. Mose 20,19), das aus vielen kleinen Menschen-Figuren besteht, die an verschiedenen Körperteilen und Gliedmaßen miteinander verbunden sind und sich so gegenseitig stützen und festhalten. Auch das »Tal der Gemeinden«, ein künstlich gestaltetes Felslabyrinth, hinterlässt jedes Mal einen tiefen Eindruck. Sortiert nach Ländern und Regionen sind auf 107 Wänden die Namen von über 5000 jüdischen Gemeinden eingraviert, die



>> Kindergedenkstätte, Yad Vashem



>> Partisanenendenkmal, Yad Vashem



>> Das 'Tal der Gemeinden' in Yad Vashem

im Holocaust zerstört wurden oder nur knapp überlebten.

Darüber hinaus gibt es ein mehrtägiges Rahmenprogramm, um einen Einblick in die besonderen Gegebenheiten des Staates Israel zu gewinnen. Hierbei seien besonders die Spannungsfelder zwischen den verschiedenen jüdischen Glaubensrichtungen erwähnt sowie viele weitere Konflikte in den unterschiedlichen politischen, kulturellen, ethnischen und religiösen Bereichen des Lebens.

So fand 2017 zum Beispiel eine Begegnung mit palästinensischen Schulkindern und ihren Lehrkräften in Talita Kumi (*Markus 5,41: Mädchen,*

steh auf!) statt, einer deutschen Auslandsschule in Beit Jala (bei Bethlehem) im Westjordanland, die von christlichen und muslimischen Kindern besucht wird und wo sowohl das palästinensische als auch das deutsche Abitur erworben werden kann. Nach einer Führung durch die Schule berichtete ein palästinensischer Kollege sehr detailliert über die Auswirkungen der israelischen Besatzung auf die Schule und das Leben der umliegenden Bevölkerung.

Einzigartige und spannende Erlebnisse standen auch 2019 auf dem Programm. Nach der Besichtigung der biblischen Stätten Kapernaum und

Zur Person:



v.l.n.r.:

- **Daniel Felder:** Oberstudienrat am Albert-Einstein-Gymnasium in Reutlingen | Fächer: Englisch, Geschichte
- **Eva Obbarius:** Oberstudienrätin i.R. | Fächer: Englisch, Geschichte
- **Alexandru Lucaski:** Studienrat am Gymnasium in Plochingen | Fächer: Deutsch, Geschichte

Tabgha am See Genezareth gleich zu Beginn der Reise fuhr die Gruppe in einem Bus auf den Berg Bental in den Golanhöhen, begleitet von einem ehemaligen Offizier der israelischen Armee (IDF). Mit Blick auf das Hule-Tal und die Ebene von Kuneitra mit ihrer syrisch-israelischen Waffenstillstandslinie erläuterte er die wechselseitigen Bedrohungsszenarien auf dem Golan

und berichtete außerdem über die Operation *Good Neighbour*, welche humanitäre Hilfe für bürgerkriegsgeschädigte Syrer organisiert hatte und an der er maßgeblich beteiligt war. Einen weiteren Perspektivenwechsel ermöglichte den Fortbildungsteilnehmern ein Besuch im 'Tent of Nations'. Dieser landwirtschaftliche Betrieb, der sich schon seit osmanischen

Zeiten in Besitz einer christlichen palästinensischen Familie befindet, ist umgeben von israelischen Siedlungen und ständig bedroht von Abrissbescheiden der israelischen Regierung. Nach der Besichtigung der Geburtskirche Jesu in Bethlehem legte der Bus noch einen kurzen Stopp im 'Walled-Off Hotel' ein, das 2017 vom britischen Streetart-Künstler Banksy als Zeichen des »gewaltlosen Widerstands« eröffnet wurde. Das Hotel ist als »provozierendes Kunstprojekt« gedacht und wirbt mit dem »hässlichsten Ausblick der Welt« auf die rund dreißig Kilometer lange, graue und teils acht Meter hohe Betonmauer, die Palästinenser und Israelis trennt.

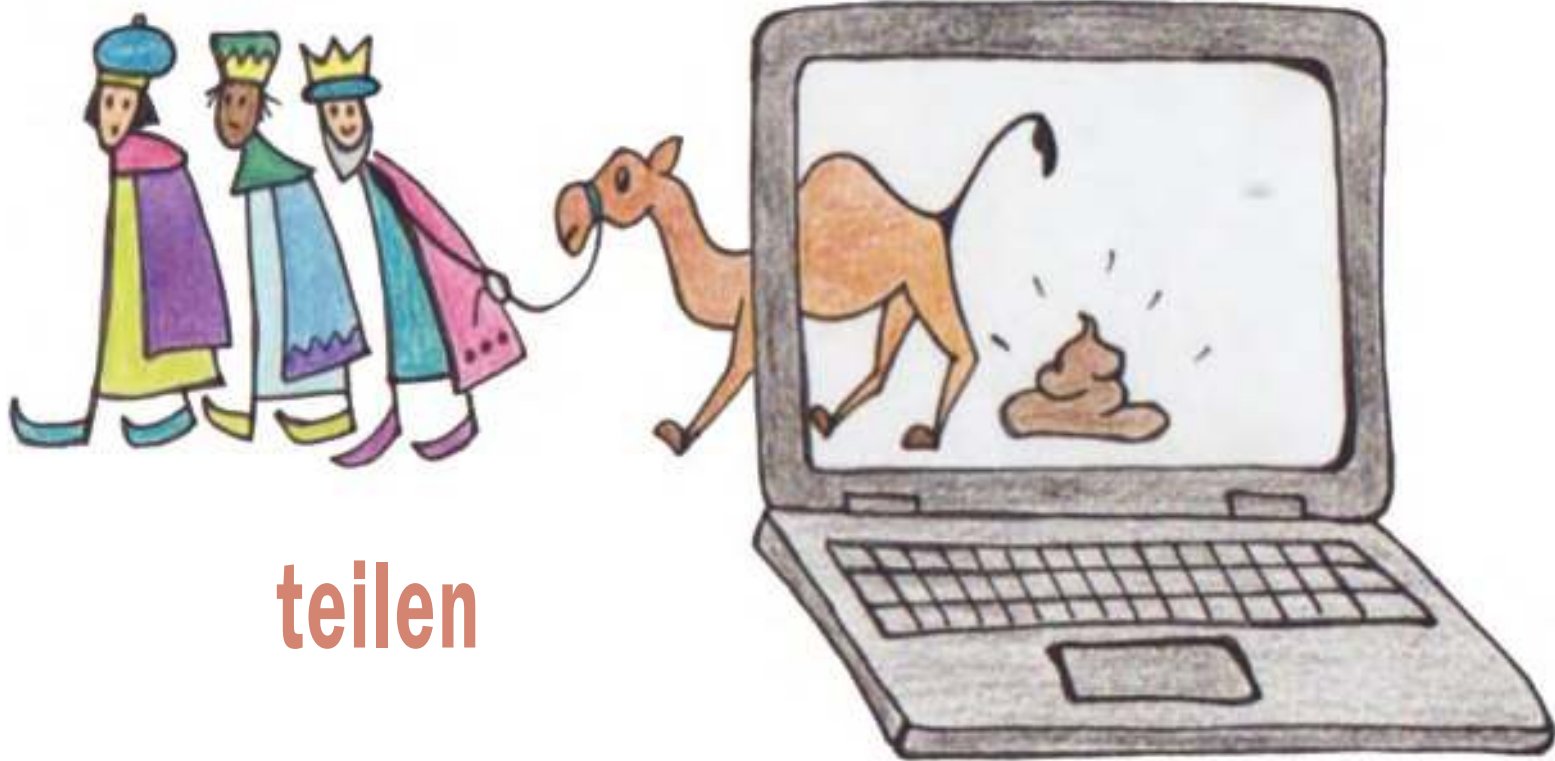
In den Herbstferien 2021/2022 sollte eigentlich die nächste Fortbildung stattfinden. Nun hat aber leider auch hier Corona zugeschlagen. Durch die steigenden Infektionszahlen in Israel und Deutschland sah sich das Ministerium im Frühjahr 2021 gezwungen, die Reise für dieses Schuljahr abzusagen. Das Vorbereitungsteam und die Lehrerinnen und Lehrer, die sich schon für dieses Jahr angemeldet hatten, würden sich allerdings sehr freuen, wenn die Haushaltsmittel für eine Ersatzfortbildung im Herbst 2022 bereitgestellt würden. Der Folgetermin im Herbst 2023 sollte turnusgemäß trotzdem ermöglicht werden.

Die Anmeldung für die Fortbildung erfolgt jeweils über den LFB Server. Die aktuellen Informationen dazu befinden sich auf der Homepage des SWL (www.swl-bw.de). **Eva Obbarius**

>> Der Felsendom auf dem Tempelberg/ Al-Haram Asch-Scharif (arabisch)



>> Im Banksy Walled-Off Hotel, Bethlehem



teilen



von Ines Mayer

Es mag auf den ersten Blick ungebührlich erscheinen, ein so positiv besetztes Wort wie 'teilen' durch den Kakao zu ziehen. Geradezu blasphemisch angesichts der legendären Mantelteilung Martin von Tours, die ihn immerhin für das Bischofsamt qualifizierte und ihm überdies die Anwartschaft auf den Heiligenstand sicherte. Außerdem gibt es das schöne Sprichwort »Geteilte Freude ist doppelte Freude, geteiltes Leid ist halbes Leid«, was divisionstechnisch aber – glaube ich – nur dann funktioniert, wenn Freude als Vorzeichen ein Minus hat und Leid ein Plus. Die Kollegen der Mathe-Fachschaft mögen mich korrigieren.

Sie merken schon, dass der vermeintliche Glanz des Verbs die ersten Kratzer erhält. Aber es kommt noch schlimmer. Was ist zum Beispiel aus feministischer Sicht von der Rede-

wendung »brüderlich teilen« zu halten? Oder aus historischer – siehe Hitler-Stalin-Pakt mit der 'brüderlichen' Aufteilung Polens. Blicken wir noch weiter zurück und halbieren das Fifty-Fifty, landen wir beim Vierteleilen des Mittelalters oder beim »Teile und herrsche« der Antike.

Kehren wir zurück ins 21. Jahrhundert, halten uns da aber nicht bei der auch nicht so shining Sharing Economy der Car2go, Uber oder Airbnb auf, was laut dem Soziologen Harald Welzer nichts anderes ist als 'Plattformkapitalismus', und kommen wir endlich zum virtuellen Teilen in den sozialen Netzwerken, wo 'teilen' und 'mitteilen' changieren und wo nicht nur das Sankt Martins-Prinzip ausgehebelt wird, sondern auch der Grundsatz der Division, wonach ein Teil kleiner ist als das ungeteilte Ganze. Dagegen türmen sich all die massenhaft 'geteilten' Selfies, Katzenvideos und Trump-Retweets zu einer Lawine überflüssiger Banalitäten auf und verschlingen dafür auch noch Unmengen an Energie. Nach bescheidenem Dividieren klingt das nicht mehr.

Was tun? Vergessen wir den einfältigen Sankt Martin und nehmen uns lieber ein Beispiel an den heili-

gen drei Königen. Nicht weil die ihre Geschenke ungeteilt übergaben, sondern weil sie die Neuigkeit von Christi Geburt eben nicht geteilt haben. Die Reli-Fachschaft ist natürlich schon im Bild, für die anderen seien die entscheidenden Stellen aus Matthäus 2,1 bis 2,12 wiedergegeben: »Als Jesus zur Zeit des Königs Herodes in Betlehem in Judäa geboren worden war, kamen Sterndeuter aus dem Osten nach Jerusalem und fragten: Wo ist der neugeborene König der Juden? Wir haben seinen Stern aufgehen sehen und sind gekommen, um ihm zu huldigen.« Herodes erschrak, heckte sogleich Böses aus und wollte die Sterndeuter als Spitzel anheuern. »Geht und forscht sorgfältig nach, wo das Kind ist; und wenn ihr es gefunden habt, berichtet mir, damit auch ich hingehe und ihm huldige.« Das war ein etwas durchsichtiger Trick, aber bei Ausländern konnte man es ja mal versuchen. Jedenfalls kamen die drei Könige, also eigentlich Sterndeuter, nach Bethlehem, übergaben 'Gold, Weihrauch und Myrrhe' und – »zogen [...] auf einem anderen Weg heim in ihr Land«. Bingo! Damit sind die drei Subversiven aus dem Osten eindeutig die zeitgemäßen Helden.

Coronakonformer Crashkurs zu Arbeitnehmerthemen

Die Tradition der Schwäbisch Gmünder Fortbildungen vor der Schulvertreterversammlung wird fortgesetzt!



Foto: FotuSierf/AdobeStock

Zehn Kolleginnen und Kollegen des Philologenverbandes Nordwürttemberg informierten sich am 23. September 2021 im Congress Centrum Stadtgarten in Schwäbisch Gmünd über Arbeitnehmerthemen. Ursula Kampf, die stellvertretende Vorsitzende des Philologenverbandes Nordwürttemberg, und Beatrix Verse, Beisitzerin im Vorstand des Philologenverbandes Nordwürttemberg, leiteten die Fortbildung. Passend zum Schuljahresbeginn erläuterte Ursula Kampf die Probezeit für unbefristet und befristet eingestellte Arbeitnehmerlehrkräfte (L. i. A.) sowie die sogenannte »fiktive Probezeit« für 'Erfüller'- und 'beste Nichterfüller'-L. i. A., die an Beamtenbeförderungsverfahren teilnehmen. Mit einem Ausblick auf die Beamtenprobezeit beim Statuswechsel einer ursprünglich als L. i. A. eingestellten Lehrkraft beendete sie den ersten Themenblock.

Beatrix Verse führte in die Inklusionsvereinbarung ein, die auf den bestehenden Rechtsgrundlagen basierend das Bewusstsein für die Belange schwerbehinderter Menschen im Schuldienst stärken, den gesetzlichen Auftrag ergänzen und für den schulischen Alltag konkretisieren will (vgl. Präambel). Es geht um die dauerhafte berufliche Integration behinderter Menschen als wesentliche Voraussetzung für die selbstbestimmte und gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Der Geltungsbereich der Inklusionsvereinbarung umfasst nicht nur schwerbehinderte Menschen mit einem Grad der Behinderung von fünfzig Prozent oder mehr, sondern auch behinderte Menschen mit einem Grad der Behinderung von dreißig Prozent und mehr (aber weniger als fünfzig Prozent) sowie gleichgestellte

Menschen. Die Inklusionsvereinbarung kann bei den oben genannten Personen nur dann zur Anwendung kommen, wenn Betroffene auf dem Dienstweg über die Schulleitung ihre Behinderung dem Dienstherrn bzw. Arbeitgeber per Ausweis mitgeteilt haben.

Zum Abschluss ging Ursula Kampf, als erste Tarifbeauftragte des Philologenverbandes Baden-Württemberg und Mitglied der dbb-Bundestarifkommission tarifpolitisch am Puls der Zeit, auf die Einkommensrunde 2021 ein. Sie beschrieb den langen Weg zum Tarifabschluss: zunächst bis zum Beschluss der Forderungen durch die Bundestarifkommission, dann die Verhandlungsrunden bis zu einer Tarifeinigung und schlussendlich die Redaktionsverhandlungen bis zu den Unterschriften unter den vereinbarten Tarifvertragstext.

Im Blick auf die zahlreichen, oft wiederholt nur befristet eingestellten Kolleginnen und Kollegen bat sie die Anwesenden, jene auf zwei Spezial-Verfahren, nämlich das Zusatzqualifikations-Einstellungsverfahren 2022 für wiederholt befristet eingestellte 'Erfüller'-L. i. A. einerseits und auf das Entfristungsverfahren 2022 für wiederholt befristet eingestellte 'Nichterfüller'-L. i. A. andererseits hinzuweisen. In einem kurzen Vergleich stellte sie die maßgeblichen Kriterien bei beiden Verfahren vor und nahm Fallbeispiele aus dem Plenum auf.

Fazit aus dem Kreis der Teilnehmenden am Ende des Crashkurses: »Unklarheiten beseitigt – deutlich mehr Durchblick und übersichtliche Handlungsanleitung für alle Fallkonstellationen in der Praxis.«

Ursula Kampf, stellvertretende Vorsitzende PhV Bezirk Nordwürttemberg



Foto: FHN/FOTO/AdobeStock

Der Philologenverband im Gespräch mit ...

... dem GMS-Referat am Kultusministerium

Beteiligt waren vom Kultusministerium: **Kerstin Hösch** (Leiterin des GMS-Referats), **Angela Pfeiffer** (Einstellungsreferat) und **Thomas Jurke** (GMS-Referat), den Philologenverband Baden-Württemberg vertraten **Ralf Scholl**, **Karin Fetzner** und **Martina Scherer**, das neue Vorsitzenden-Trio im Landesvorstand.

Bei diesem in dieser Zusammensetzung erstmaligen Treffen kamen mehrere Themen zur Sprache, die uns umtreiben:

- die Situation der Gymnasiallehrkräfte, die an GMS arbeiten
- das pädagogische Konzept der GMS: Heterogenität als gewolltes Setting versus Homogenität der Lerngruppen
- die (Nicht-)Evaluation der Lernerfolge, die an den Gemeinschaftsschulen tatsächlich erreicht werden – insbesondere von den haupt-/werkrealschulempfohlenen Schülern
- die Bildung eines Sekundarstufe I-Referats am Kultusministerium aus Haupt-/Werkrealschul-Referat, GMS-Referat und Realschulreferat. Hierzu ein paar Ausführungen im Einzelnen:

Die gymnasialen Lehrkräfte an GMS werden durchgängig nicht nur für das gymnasiale Niveau eingesetzt, sondern für alle Niveaus, die ja nach dem pädagogischen Konzept der GMS in jeder Lerngruppe vorkommen müssen. Zudem werden die Lehrkräfte auch sehr oft fachfremd eingesetzt, was einem qualitativ hochwertigen Unterricht natürlich nicht förderlich ist. Manche Kolleginnen und Kollegen kommen mit diesen Vorgaben an den GMS zurecht, andere werden dabei total unglücklich und wollen nur noch weg. Wegversetzungen von der GMS zurück ans Gymnasium gab es aber seit 2014 maximal eine pro Jahr (selbst

aus dem Berufsschulbereich gibt es über zwanzig Versetzungen zurück an die allgemeinbindenden Gymnasien pro Jahr). Diese Ausweglosigkeit hat in Einzelfällen sogar zu Kündigungen des Beamtenverhältnisses geführt. Wir haben den deutlichen Wunsch geäußert, dass zumindest einige Versetzungen pro Jahr ermöglicht werden. Im Gespräch wurde uns zugesagt, dass Altfälle mit Einstellung im Jahr 2013, 2014 oder 2015 zum Teil noch einmal geprüft werden, zumal, wenn sie jährliche Versetzungsanträge gestellt haben. Auch Bewerbungen auf A14-Stellen an Gymnasien waren bisher fast durchgehend erfolglos, weil den Bewerbern die fehlende Erfahrung in der gymnasialen Oberstufe praktisch immer negativ angekreidet wird.

Eine Überlegung für die Zukunft wäre, Lehrkräfte, die sich den Einsatz an GMS eventuell vorstellen können, zuerst unterhältig teilabzuordnen, so dass sie die Entscheidung für diese Schulart aufgrund der selbst gemachten Erfahrungen fällen können.

Gegen das pädagogische Konzept bewusst beabsichtigter Heterogenität der Lerngruppen (»Vielfalt macht schlau«) spricht nach Ansicht des Philologenverbandes Baden-Württemberg die neue Studie von Esser und Seuring (2020), die schlüssig nachweist, dass in homogeneren Klassen der Lernerfolg deutlich höher ist, insbesondere für lernschwache Schüler. Obwohl von Prof. Klaus Klemm [nota bene: GEW-Vorsitzender von 1981 bis 1997 (!)] Kritik an den Ausführungen der Esser/Seuring-Studie geäußert wurde, konnte er der Studie inhaltliche oder methodische Fehler nicht nachweisen! Und wir können aus unserer unterrichtspraktischen Erfahrung genau die Sicht bestätigen, dass der 'Mitzieheffekt' der guten Schüler auf die

schwächeren eher gering ist, umgekehrt aber zu viele schwache Schüler die leistungsstarken massiv ausbremsen, wenn auf deren spezielle Bedürfnisse und ihr Niveau nicht mehr adäquat eingegangen werden kann, da die Unterstützung der schwächeren Schüler (fast) alle Zeit der Lehrkraft in Anspruch nimmt.

Deshalb haben wir im Gespräch betont, dass nach neun Jahren GMS endlich auch die Leistungen der Schüler wissenschaftlich evaluiert werden müssen, was bisher nie geschehen ist.

Nach Beobachtungen von Schülern in Einzelfällen kann man sich schon die Frage stellen, ob die nach außen kommunizierten Ansprüche, die insbesondere das gymnasiale Niveau betreffen, auch nur annähernd eingehalten werden.

Der Philologenverband wurde, wie andere Lehrerverbände auch, von der administrativen Umstrukturierung im Kultusministerium (Realschulreferat, Haupt- und Werkrealschulreferat und GMS-Referat werden zu einem Sekundarstufe I-Referat zusammengelegt) kurzfristig und sehr unangenehm überrascht.

Selbstverständlich kann oder muss man dies sogar als Start in eine Vereinheitlichung der Sekundarstufe I betrachten. Nach Auskunft der Verantwortlichen sei das keinesfalls geplant, aber wie es sich auf Dauer auswirkt, das wird die Zukunft zeigen. Wir werden die Entwicklungen sehr genau beobachten.

Auch wenn in vielen Fragen keine einvernehmliche Meinung erzielt werden konnte, haben beide Seiten dieses Gespräch als hilfreich und notwendig empfunden. Der Kontakt soll fortgesetzt werden und der PhV BW wird sich im Sinne seiner Mitglieder, die in dreistelliger Anzahl an GMS arbeiten, auch weiterhin um das Arbeitsfeld GMS kümmern. **Karin Fetzner**

Das Gespräch wurde am 15. Dezember 2021 online geführt.

... dem Arbeitgeberverband Südwestmetall

Am 30. November 2021 trafen sich **Ralf Scholl**, **Christian Unger** und **Karin Fetzner** vom Philologenverband Baden-Württemberg in einer Videokonferenz mit **Johannes Krumme** und **Stefan Küpper** vom Arbeitgeberverband Südwestmetall. Zunächst drehte sich das Gespräch um die allgegenwärtige Corona-Lage und ihre Auswirkungen auf Schule und Ausbildung. Man war sich einig darüber, dass Schulschließungen für die Kinder und Jugendlichen ausgesprochen negative Folgen haben und daher nur die Ultima Ratio für den absoluten Notfall sein können. Die Politik hat es aber diesen Herbst wieder nicht geschafft, durch vorausschauendes Handeln die jetzige Situation zu verhindern, die so von der Wissenschaft vorhergesagt wurde. Durch zögerliches und kurz-sichtiges Abwarten sowie unkluge Lockerungen hat man eine vierte Welle auflaufen lassen, die es jetzt zu brechen gilt. Die Arbeitgeber sorgen sich insbesondere um die Bewerberlage bei den Ausbildungsstellen: Selbst bei Firmen, die noch vor wenigen Jahren

sehr begehrt waren und sich ihre Lehrlinge aus vielen Aspiranten auswählen konnten, gibt es momentan nicht genug Bewerbungen, um die freien Ausbildungsstellen zu besetzen. Dies wird den Fachkräftemangel noch weiter verschärfen. Es ist nicht eindeutig zu klären, wo die fehlenden Bewerber alle geblieben sind und was sie jetzt machen, vermutlich werden in der Pandemielage eher Schulen anstatt Lehrstellen gesucht. Aber sicher ist man sich nicht.

Die Konzepte des Philologenverbandes für mehr Infektionssicherheit wie zum Beispiel mehr PCR-Pooltests, Impfaktionen an Schulen oder Bereitstellung von FFP2-Masken für die Lehrkräfte, die sie verwenden möchten, finden auch bei den Arbeitgebern ungeteilte Zustimmung. Auch sollten die Schulen für alle Fälle technisch so gut aufgestellt sein, dass ein zeitgleiches Streaming des Unterrichts ermöglicht wird, hier fehlt noch sehr viel.

Die Frage, wie man unter den bekannten Begleitumständen den Schülerinnen und Schülern genügend Infor-

mationen zur Studien- und Berufswahl zukommen lassen kann, ist für die Industrie zukunfts wichtig, denn Praktika und Berufsmessen, die ein hautnahes Erleben des beruflichen Alltags ermöglichen könnten, sind nicht oder nur sehr rudimentär durchführbar. In diesem Problempunkt wird eine gute und kreative Zusammenarbeit der Schulen mit der Industrie gewünscht, damit die Jugendlichen sich eine Vorstellung von den denkbaren Berufswegen bilden können. Auch und gerade im MINT-Bereich gibt es einen hohen Bedarf an Fachkräften, so dass gute und engagierte MINT-Lehrkräfte, die ihre Schüler in diese Richtung begeistern können, sehr willkommen wären. Die Arbeitgeber versprochen, hier nach Kräften mit den Schulen an einem Strang zu ziehen: Eine zielführende Möglichkeit wäre die Unterstützung von MINT-Studenten oder ganz speziell von Physikstudenten durch Stipendien von Seiten der Industrie, wenn die Zusicherung besteht, später ins Lehramt zu gehen.

Beide Seiten betrachten den regelmäßigen Austausch als eine sehr hilfreiche und gewinnbringende Zusammenarbeit. **Karin Fetzner**

... dem IBBW

In einer Videokonferenz am 1. Dezember 2021 tauschten sich **Ralf Scholl** und **Karin Fetzner** vom Philologenverband Baden-Württemberg mit **Sonja Wagner**, **Benjamin Thiele**, **Michael Siefert** und **Günter Klein** vom Institut für Bildungsanalysen Baden-Württemberg (IBBW) über die neuesten Fragen und Entwicklungen aus, die das IBBW und die Schulen zur Zeit beschäftigen.

Zu Beginn erläuterte Sonja Wagner die Hilfsangebote des IBBW zur Feststellung und Einschätzung der Lerndefizite der Schüler nach den Phasen von Fern- und Wechselunterricht, wie zum Beispiel VERA 8, Lernstand 5 und weitere Testmöglichkeiten. Die standardisierten Tools wie VERA sollen in weiterer Zukunft auch online durchführbar sein, so dass die Lehrkräfte

nicht mehr stundenlang alle einzelnen Items eingeben müssen.

Generell ist es das (langfristige) Ziel, dass das Niveau der Kenntnisse der Schüler in allen Bundesländern nach bestimmten Klassenstufen möglichst gleich ist (IQB), wobei die Leistungserwartungen sich überall an einem hohen Level orientieren sollen.

Das kommende Abitur soll nach jetziger Planung wieder so ablaufen wie vor der Coronazeit, d. h. Korrekturverfahren und Zeitplan wie gehabt, nur mehr zusätzliche Aufgaben, so dass die Fachlehrer eine größere Auswahlmöglichkeit haben. Auch die Distribution wird beibehalten, der konzertierte Einsatz der Drucker am frühen Morgen der Prüfungstage in den IQB-Fächern am HT wird uns somit erhalten bleiben, das habe sich laut IBBW aus Sicherheitsgründen so bewährt. Die NT-Aufgaben werden komplett elektronisch geliefert.

Eine statistische Übersicht über die Abiturnotenentwicklung der letzten Jahre gibt es beim IBBW in der Form nicht, weil kein Ranking zwischen den Schulen erstellt werden soll, auch an den beiden ersten GMS mit Abitur lagen die ersten Abiturdurchschnitte »im Rahmen«, wobei – nach Ansicht des Philologenverbandes – die zwei schulinternen Korrektur-Runden natürlich nicht ganz dasselbe objektive Korrekturverfahren sind wie die gewohnte anonyme Korrektur von außen.

Zum Schluss lag der Fokus des Gesprächs auf den massiven Belastungen der Schulleitungen. Von Seiten des PhV baten wir stellvertretend für die SL darum, möglichst von allen Datenerhebungen und Anforderungen abzusehen, die nicht wirklich zwingend sein müssen.

Karin Fetzner



>> Ralf Scholl



>> Karin Fetzner



>> Martina Scherer

Gratulation!

Das Redaktionsteam von *Gymnasium Baden-Württemberg* gratuliert dem Landesvorstand des Philologenverbandes Baden-Württemberg ganz herzlich zur Wahl! Wir wünschen dem neuen und alten Landesvorsitzenden

Ralf Scholl sowie seinen Stellvertreterinnen Karin Fetzner und Martina Scherer alles Gute und viel Erfolg während ihrer neuen Amtsperiode.

gbw

IMPRESSUM

Die Zeitung »Gymnasium Baden-Württemberg« erscheint sechsmal im Jahr. Der Bezugspreis für Mitglieder des PhV ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Bezugspreis für Nichtmitglieder pro Einzelheft »Gymnasium Baden-Württemberg« (inkl. der DPhV-Zeitschrift »Profil«) beträgt 3,- Euro und für ein Jahresabonnement 18,- Euro zuzüglich Versandkosten. Der Betrag wird durch Vorauszahlung jeweils im Dezember erhoben.

Redaktion:

Schriftleiter: Enver Groß [E.G.] | enver.gross@phv-bw.de | Pfannenstiel 34 | 88214 Ravensburg

Redaktionsteam:

Sabine Grobe [S.G.] | Helmut Hauser [H.H.] | Bettina Hölscher [HL] | Edelgard Jauch [E.J.] | Anne Käßbohrer [A.K.] | Evelyn Kapahnke [E.K.] | Richard Zöller [R.Z.]

Herausgeber:

Philologenverband Baden-Württemberg | Alexanderstraße 112 | 70180 Stuttgart | Tel.: 0711 2396250 | Fax: 0711 2396277 | info@phv-bw.de | www.phv-bw.de

Verlag & Anzeigenverwaltung:

Pädagogik & Hochschul Verlag | dphv-verlagsgesellschaft mbh | Graf-Adolf-Straße 84 | 40210 Düsseldorf | Tel.: 0211 3558104 | Fax: 0211 3558095
dassow@dphv-verlag.de | www.dphv-verlag.de

Erscheinungstermin: sechsmal jährlich nach Terminplan. Bestellungen, Umbestellungen und Reklamationen bitte direkt an die Geschäftsstelle des Philologenverbandes Alexanderstraße 112 | 70180 Stuttgart.

Weitere Hinweise zur Beitrittserklärung (s. Umschlagseite 4)

Hinweise zum Datenschutz: Zur Verarbeitung der persönlichen Bankdaten im Rahmen des SEPA-Einzugsverfahrens gebe ich entsprechend Art. 6 Abs. 1 a DSGVO die Einwilligung durch meine Unterschrift. Alle anderen vorstehend angegebenen personenbezogenen Daten werden vom PhV für die Verwaltung der Mitgliedschaft auf der Grundlage von Art. 6 Abs. 1 b DSGVO erhoben. Darüber hinaus können die Daten Name, Vorname, Fachkombination, Adresse, Telefon und E-Mail für die Suche und Kommunikation der PhV-Mitglieder untereinander (im passwortgeschützten Mitgliederbereich intern.phv-bw.de) verwendet werden.

Anmerkung: Auf der internen Webseite können Sie unter 'Mein Konto' Ihre Daten verwalten und die suchbaren Einträge einschränken. Für jede weitergehende Nutzung Ihrer Daten und die Erhebung zusätzlicher Informationen bedarf es Ihrer Einwilligung.

Datenschutzregelung zum Newsletterversand: Im Rahmen unseres Newsletters verarbeiten wir als Daten lediglich die vom Abonnenten angegebene E-Mail-Adresse. Diese wird in diesem Zusammenhang nicht mit weiteren personenbezogenen Daten (Name o. Ä.) verbunden, nur für den Newsletterversand verwendet und nicht an Dritte weitergegeben. Rechtsgrundlage des Newsletterversands ist Art. 6 Abs. 1 UAbs. 1 lit. a DSGVO (Datenschutzgrundverordnung). Die Mailadresse wird nur für die Dauer des Newsletterbezugs gespeichert und bei Beendigung des Abos gelöscht. Das Newsletterabo kann jederzeit widerrufen werden: Jede Newsletter-Mail enthält einen Link, mit dem Sie mit einem schnellen Klick einzelne Newsletter bestellen oder abbestellen können, sowie einen Link zum einfachen Abbestellen sämtlicher Newsletter.

Auszug aus den ab 1. Januar 2022 geltenden Beiträgen (Beiträge pro Monat)							
Staffelbeiträge* * Teilzeit wird entsprechend berücksichtigt	unter A 13/E 14		17,55 Euro		A 13/E 14	20,64 Euro	
	A 14/E 15		22,50 Euro		A 15/E 15Ü	25,18 Euro	
				A 16 und darüber		27,87 Euro	
Feste Beitragssätze	Studenten	0,00 Euro		Referendare	4,13 Euro	Pensionäre	10,32 Euro



Beitrittserklärung

Ich erkläre hiermit meinen Beitritt zum Philologenverband Baden-Württemberg ab

Name, Vorname

Straße Hausnummer, PLZ Ort

Geb.-Datum

Telefon

E-Mail

Ich wünsche den PhV-Newletter (kostenlos)

Status (bitte genaue Angaben):

Beamte/r, Amtsbezeichnung A Arbeitnehmer/in, Entgeltgruppe E Studienreferendar/in Student/in

Dienststellung (StR, ...)

Fächerkombination

Deputat in Wochenstunden

Schulname, Schulort

SEPA-Lastschriftmandat

Philologenverband Baden-Württemberg | Stuttgart

Gläubiger-Identifikationsnummer: DE73ZZZ00000261913 | Mandatsreferenz: Die Mandatsreferenz wird separat mitgeteilt

Hiermit ermächtige ich den Philologenverband Baden-Württemberg, fällige Forderungen von meinem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die vom Philologenverband Baden-Württemberg auf mein Konto gezogenen Lastschriften einzulösen.

Hinweis: Ich kann innerhalb von sechs Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen.

Kreditinstitut

IBAN

D E

BIC

Ich weiß, dass ich mit meiner Unterschrift die Satzung des Philologenverbands anerkenne. Ein Exemplar der jeweils gültigen Satzung geht mir auf Wunsch zu. Ich bestätige weiterhin, davon unterrichtet zu sein, dass nach § 7 (2) der Satzung ein Austritt nur zum Ende eines Quartals mit sechswöchiger Kündigungsfrist möglich ist.

Ort, Datum

Unterschrift

Unter <https://phv-bw.de> finden Sie alle Informationen zum **Datenschutz** unter -> **Datenschutz**. Alle Infos zur **Mitgliedschaft** finden Sie unter -> **Mitgliedschaft**. Hier können Sie auch die **Beitrittserklärung als ausfüllbares PDF-Formular** herunterladen.